

**FDP**  
Die Liberalen



# SCHWEIZER FREISINN

Aus den Kantonen	2/3	Unsere Mentees	8/9	Jahresrückblick	12	NEIN zur Minder-Initiative	18
FDP Frauen	5	Interview	10/11	Umfrage zum Freisinn	14	Unter Freisinnigen	21

34. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

## Inhalt

### Zuger Naturbursche

Nationalrat Bruno Pezzatti sitzt seit einem Jahr im Nationalrat und hat dort mit einigen brisanten Vorstössen auf sich aufmerksam gemacht. Im «Schweizer Freisinn» erzählt der Direktor des Schweizer Obstverbandes über den Zustand der hiesigen Obstproduzenten und über seine Hobbys.

Seite 7

### Weltenbummler

Der «Schweizer Freisinn» traf Thomas Sevcik, einen Weltenbummler, der in der ganzen Welt tätig ist und trotzdem die Schweiz hoch schätzt. Mit seiner Firma hilft Sevcik verschiedenen Konsummarken, aber auch ganzen Städten zu einer Neupositionierung.

Seiten 10 und 11

### Gegen linke Propaganda

Bringt die Unternehmenssteuer-Reform II tatsächlich Einbussen in der Staatskasse? Alt Bundesrat Hans Rudolf Merz nimmt im «Schweizer Freisinn» exklusiv Stellung zu der von ihm initiierten Reform und zeigt auf, welche Vorteile durch die Unternehmenssteuer-Reform II erreicht wurden.

Seite 15

## Sicherheitspolitik

# «Man soll sich hier sicher fühlen»



Die Sicherheitslage in der Schweiz ist seit einiger Zeit nicht mehr über alle Zweifel erhaben. Kaum ein Wochenende oder Tag vergeht, an welchem die Medien nicht über Kriminalfälle in all ihren Ausprägungen berichten. Die Bevölkerung ist verunsichert, das zeigen Stimmungsbarometer ebenso wie Reaktionen zum Beispiel auf geplante Unterbringungsmöglichkeiten von Asylbewerbern.

FDP.Die Liberalen reagiert auf dieses Empfinden in der Bevölkerung und verlangt konsequentere Massnahmen, um das Problem in den Griff zu bekommen. Die FDP wird zukünftig der Exekutive auf die Finger schauen, dass diese ihre Arbeit endlich anpacken und richtig umsetzt. Dazu braucht es effiziente, umsetzbare und konsequente Gesetze, es braucht aber auch einen durchsetzungsfähigen und kompetenten Polizeiapparat, der über genügend Personal verfügt. Auch bei Gefängnissen müssen die Kapazitäten erhöht werden.

Der Freisinn zeigt auf, welche Massnahmen ergriffen werden sollen.

Seite 14

FDP.Die Liberalen fordern schnelle und einfachere Verfahren bei Kleinkriminellen, wie Dieben.

# Daniel Stolz – der neue Nationalrat der Basler FDP

Am 26. November 2012 fand in Bundesbern im Beisein von einigen Freunden und der Familie die Vereidigung von Daniel Stolz, dem neuen Nationalrat der Basler *FDP.Die Liberalen*, statt.

**Simone König,**  
Geschäftsleiterin Basler FDP

Daniel Stolz wäre gerne mit einem grossen Trupp von Basel zu seiner Vereidigung nach Bern gereist. Es hätte ihm viel bedeutet, Parteimitglieder und Parteifreunde bei diesem speziel-

len Moment bei sich zu haben. Aber die Wahl von Maya Graf zur höchsten Schweizerin am selben Tag hat es ihm verunmöglicht, mehr als 15 Personen auf die Tribüne des Nationalratssaales einzuladen. Dass anlässlich dieser Wahl viel Platz für die Begleitung der angehenden Nationalratspräsidentin

reserviert war, ist verständlich. So reisten sein Lebenspartner, seine Familie und ein paar enge Freunde mit. Es war ein sehr spezieller Moment, als Daniel Stolz – flankiert von zwei Weibern in roter Robe – in der Mitte des wunderschönen Nationalratssaales stand und die Worte «Ich gelobe es!»

sprach. Urs Schweizer, ehemaliger Nationalrat, hat einmal gesagt, dies sei der emotionalste Moment im Leben eines Nationalrates. Wir glauben es gerne.

Den Abschluss dieses feierlichen Nachmittages machte – zumindest für die Begleitgruppe, während der parlamentarische Arbeitstag für Daniel Stolz danach weiterging – ein sehr feiner Apéro in der Galerie des Alpes, wo neben der Aussicht auf die wolkenverhangenen Alpen auch die Gelegenheit bestand, andere Bundesparlamentarier zu treffen.

Sicher hätte sich Daniel Stolz die Umstände, dass er als Nationalrat nach Bern darf, anders gewünscht. Aufgrund des viel zu frühen Todes von Parteifreund Peter Malama stellte sich sehr bald die Frage der Nachfolgeregelung. Immer noch bedrückt von der Trauer, konnte sich Stolz anfänglich nicht richtig über das Mandat freuen. Mit dieser Wintersession beginnt nun aber ein neues Kapitel in seiner politischen Karriere. Er wird das Mandat im Sinne von Peter Malama, aber mit eigenem, sehr liberalen Profil und auf seine Art und Weise ausführen.

Daniel Stolz ist Basler mit Leib und Seele. Unsere Region war ihm schon immer ein grosses Anliegen. Nun hat er sich zum Ziel gesetzt, als neuer Nationalrat die Nordwestschweiz zu stärken und mit den anderen Bundesparlamentariern über die Parteigrenzen hinweg die Region Basel bekannter zu machen und in Bern erfolgreich zu vertreten. Deshalb hat er als ersten Schritt alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Fraktionen aus der Nordwestschweiz an seinen persönlichen Apéro eingeladen.

Die Basler *FDP.Die Liberalen* wünscht Daniel Stolz einen guten Start in Bundesbern und viel Erfolg als Nationalrat.



Daniel vor dem Zibelemärit: Daniel Stolz, neuer Nationalrat der Basler FDP.



# «Nur echt ist man gut!»

(Zitat von Beatrice Tschanz)

**Michael Helbling,**  
Aktuar Jungfreisinnige  
Bezirk See-Gaster

Als die Sektion der Jungfreisinnigen See-Gaster am symbolträchtigen 29. Februar 2012 gegründet wurde, war es den vier Vorstandsmitgliedern von Anfang an klar, dass dies nicht für einen billigen Wahlkampf-Gag geschehen sollte. Man wollte sich mit Taten und nicht lauwarmer Schaumschlägerei profilieren können. So war es dann auch an der Zeit, sich gegen JCVP und JSVP, die dominierenden Jungparteien im Bezirk See-Gaster, mit einem Paukenschlag zu behaupten.

Vorstandsmitglied und Hauptorganisator Michael Helbling konnte die ehemalige Kommunikationschefin Beatrice Tschanz der gegründeten Swissair von ihrem ehernen Grundsatz, «keinerlei Referate mehr zu hal-



Beatrice Tschanz lockte über 300 Gäste an den ersten Anlass der Jungfreisinnigen Bezirk See-Gaster.

ten» abbringen, zugunsten der politischen Jugend eine Ausnahme zu machen und ein Referat zur Thematik «Kommunikation in Politik und Wirtschaft: List, Last oder Lust» zum Bes-

ten zu geben. Die Organisatoren, vielleicht ein wenig zu selbstsicher, reservierten für den 16. Oktober 2012 den grossen Stadtsaal in Rapperswil-Jona, welcher für 320 Personen Platz bietet.

Die Referentin vermochte dann 340 aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer mit ihren Erfahrungen und Anekdoten in den Bann zu ziehen. Dies angesichts der angebrochenen Herbstferien und eines Fussballländerspiels.

Das Erfolgsrezept ist so einfach wie bodenständig. Das Volk will authentische, praxisorientierte Persönlichkeiten zu Herzensangelegenheiten hören. Die Jungfreisinnigen können insgesamt gesehen vom Netzwerk und der Erfahrung der Mutterpartei lernen. Aber auch vice versa ist dies möglich. Darum der gut gemeinte, zur Selbstkritik anregende Rat: Nicht primär das Portemonnaie und die Ratio zählen in der heutigen Zeit, sondern vor allem das Rationale in Verbindung mit dem Herzen. So begeistert man das Publikum. «Der Köder soll primär dem Fisch gefallen, nicht dem Fischer.»

## Freisinnige für europäischen Award nominiert

Die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) ist eine überparteiliche Vereinigung auf EU-Ebene. Sie eint alle liberalen Parteien Europas zu einer liberalen Fraktion im EU-Parlament. Dort bildet sie mit 85 Vertretern die zweitgrösste Fraktion.

FDP. Die Liberalen teilt mit ALDE liberale Werte wie Wirtschaftsfreiheit und Wettbewerb oder Eigenverantwortung und Toleranz in der Gesellschaft. Deshalb unterstützt die FDP ALDE. Jedes Jahr verleiht die Allianz der Liberalen und Demokraten einen Leader-Award an regional engagierte Politikerinnen und Politiker in Europa. Die Mitglieder der Allianz können aus ihren Mitgliedern engagierte Persönlichkeiten vorschlagen. Aus diesen Vorschlägen nominiert eine Jury danach je drei Kandidierende. An der Preisverleihung in Brüssel wird aus diesen Nominierten der oder die Gewinner/in gekürt.

Die FDP Schweiz schlug für den ALDE Leader-Award zwei engagierte FDP-Mitglieder vor. Sie treten in der



Kantonsrat und Parteipräsident FDP Hitzkirch Damian Müller.

Kategorie Regional Leader of the Year im Bereich «besonders wirksame Parteilarbeit an der Basis» an.

Vorgeschlagen sind Damian Müller, Parteipräsident der FDP Hitzkirch und



Gemeinde- und FDP-Parteipräsident Adliswil Peter Werder.

Kantonsrat in Luzern, sowie Peter Werder, Gemeinderats- und Parteipräsident der FDP Adliswil.

Damian Müller bekämpft Jugendkriminalität, die Bürokratie im Bau-



wesen und setzt sich für eine bessere Bildung ein.

Peter Werder hat mit der FDP Kanton Zürich den Gahts-no!-Preis lanciert. Bereits seit 2010 werden damit absurde Bürokratie-Geschichten prämiert.

Beide Kandidaten haben sich bereits durch ihr starkes Engagement innerhalb der Partei einen Namen gemacht.

Die Jury der ALDE hat Damian Müller in die engere Auswahl nominiert. Gespannt schaut die FDP am 18. Dezember 2012 nach Brüssel zur Verleihung des Leader-Awards für «besonders wirksame Parteilarbeit an der Basis». Wir wünschen viel Glück.

Erbschaftssteuer

# Doppelbesteuerungsabkommen Frankreich–Schweiz: ein schlechter Deal

In aller Eile und unter Drohung, ansonsten das bestehende Abkommen zu kündigen, hat Frankreich das Schweizer Finanzdepartement dazu gebracht, ein neues Doppelbesteuerungsabkommen zu paraphieren, mit welchem Frankreich viel, die Schweiz aber gar nichts gewinnt. Dieser schlechte Deal könnte auch andere klamme Nachbarstaaten dazu verleiten, mit ihrem Steuerarm über die Schweizer Grenzen in die Taschen von Erblassern greifen zu wollen, die ihren Wohnsitz in der Schweiz hatten.

**François Baur,**  
Präsident FDP International

Noch unter der Regierung Sarkozy hatte sich das französische Wirtschaftsministerium unter Umgehung der üblichen diplomatischen Kanäle direkt mit dem schweizerischen Finanzdepartement in Verbindung gesetzt und eine Neuverhandlung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei Erbschaftssteuern mit Frankreich verlangt, ansonsten Frankreich das bestehende Abkommen kündigen werde. Dadurch offensichtlich eingeschüchtert paraphierte das EFD schliesslich den neuen Text, welcher im August an die Öffentlichkeit gelangte.

## Widerspruch zu internationalen Standards

Hauptmerkmal des von Frankreich diktierten Abkommens, welches allerdings von den Parlamenten der beiden Länder noch gutgeheissen werden muss, ist, dass nicht mehr das Erbrecht am letzten Wohnsitz des Verstorbenen zur Anwendung kommen soll, sondern das am Wohnsitz der Erben geltende Erbrecht. Damit widerspricht das Abkommen internationalem Standard für Doppelbesteuerungsabkommen, namentlich der OECD, wonach im Grundsatz der Wohnsitz des Erblassers darüber bestimmt, welches Steuerrecht zu Anwendung kommt. Immobilien bilden hierzu die international schon bisher anerkannte Ausnahme, da bei diesen das Steuerrecht am Ort der gelegenen Sache Geltung hat.



«Für die Schweiz ist das Abkommen ein schlechter Deal», François Baur, Präsident FDP International.

## Weitreichende Neuregelung

Mit dem neuen Abkommen könnte Frankreich mit einem Steuersatz bis zu 45 Prozent auf Vermögen von französischen und Schweizer Erblassern mit letztem Wohnsitz in der Schweiz greifen, deren Erben (sowohl französische als auch Schweizer Staatsbürger) in Frankreich wohnen. Wie schon

bisher werden auf Liegenschaften in Frankreich französische Erbschaftssteuern fällig, auch wenn die Erben nicht in Frankreich leben. Bislang konnte man solche Liegenschaften in eine Immobiliengesellschaft einbringen und den im Ausland lebenden Erben lediglich die Anteile an der Gesellschaft vererben, welche nicht dem französischen Erbrecht unterstanden. Diese Möglichkeit wird durch das neue Abkommen ebenfalls unterbunden. Potenziell sind somit nicht nur die zirka 180 000 in Frankreich lebenden Schweizer und 100 000 Franzosen in der Schweiz von dieser Neuregelung betroffen, sondern alle Schweizerinnen und Schweizer, die in Frankreich Grundeigentum besitzen.

## Keine grossen Steuerausfälle für Bund und Kantone

Sollte die Schweiz dem Doppelbesteuerungsabkommen nicht zustimmen, würde wohl ein vertragsloser Zustand eintreten, und Personen mit

Beziehungen sowohl zur Schweiz als auch zu Frankreich könnten bei Erbschaften von beiden Staaten zur Kasse gebeten werden. Frankreich würde die im neuen Abkommen vorgesehenen Besteuerungen gleichwohl vornehmen. Allerdings würde Frankreich die in der Schweiz anfallende Erbschaftsteuer nicht mehr an die französische Steuerrechnung anrechnen. Die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der Kantone sind nicht gravierend, da viele sehr tiefe oder gar keine Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen kennen. Auch auf Bundesebene gibt es keine Erbschaftsteuer. Diese Überlegung war wohl auch der Grund, weshalb die Finanzverwaltung dem Abkommen zustimmte.

## Das Steuerabkommen ablehnen

Gravierender ist aber der Präzedenzfall, der durch dieses neue Abkommen gesetzt wird. Sollte dieses Beispiel Schule machen, würden weitere Staaten die Erbschaftsteuerpflicht vom Erblasser auf die Erben übertragen wollen, in der Hoffnung, auf in der Schweiz liegende Vermögen greifen zu können. Das international anerkannte Prinzip der Besteuerung am Wohnsitz des Erblassers würde aufgeweicht. Ganz zu schweigen von den Problemen einer Berechnung der einzelnen, unterschiedlichen Steuerpflichten der Erben – je nachdem wo sich diese befinden. Deshalb empfiehlt die FDP.Die Liberalen International, das Abkommen, welches alle Forderungen Frankreichs erfüllt, der Schweiz aber keinerlei Vorteile bringt, zurückzuweisen.



Mit dem einseitigen Abkommen würde das international anerkannte Prinzip der Besteuerung am Wohnort des Erblassers aufgeweicht.





Brigitte Aschwanden, Hanna Lienhard, Christa Markwalder, Ruedi Noser und Petra Studer diskutieren über Möglichkeiten, gegen Illetrismus vorzugehen.



Carmen Walker-Späh, Präsidentin der FDP Frauen, durfte in Zürich zahlreiche Interessierte zur Netzwerkveranstaltung Illetrismus begrüßen.

«So gets nicht vorwerz»

## Illetrismus: Lesen und Schreiben – (k)eine Selbstverständlichkeit?

In der Schweiz können rund 800 000 Menschen trotz obligatorischer Schulpflicht nicht fehlerfrei lesen und schreiben. Eine beunruhigende und unglaubliche Zahl. Die FDP-Frauen widmeten ihre Netzwerkveranstaltung vom 24. November 2012 im Auditorium der Zurich Insurance Group AG in Zürich diesem Thema. Sie zeigten den Film «Boggsen» des Berner Regisseurs Jürg Neuen-schwander und diskutierten an einer offenen Podiumsdiskussion über das Thema Illetrismus.

**Claudine Esseiva,**  
Geschäftsführerin FDP Frauen

André Reithebuch ist mit seiner Offenheit die grosse Ausnahme: Lesen und Schreiben habe ihn nicht interessiert, gab der Mister Schweiz des Jahres 2009 einer erstaunten Öffentlichkeit zu Protokoll. Er habe in der Schule viel abgeschrieben und sei halt einfach «durchgeschlüpft». Reithebuch kennt die Buchstaben, kommt beim Lesen und Schreiben aber rasch an seine Grenzen. Er ist ein Fall von funktionalem Analphabetismus oder Illetrismus, wie die Fachleute heute sagen. Oft spricht man in diesem Zusammenhang auch von Legasthenie. Laut Studien sind rund 800 000 Menschen in der Schweiz funktionale Analphabeten.



Claudine Esseiva

«So gets nicht vorwerz»

Bildung ist für die FDP. Die Liberalen Frauen eines ihrer drei Hauptthemen. Unsere Bildungspolitik fängt bei den Grundkompetenzen wie Lesen und Schreiben an. Wir wollen das Schweigen brechen und offen über Illetrismus diskutieren. Für uns ist ganz wichtig, dass die Vermittlung von Grundkompetenzen auch in der Weiter- und Erwachsenenbildung mit eingebunden wird. An unserer Netzwerkveranstaltung vom 24. November 2012 in Zürich diskutierten Brigitte Aschwanden, Geschäftsführerin des Vereins Lesen und Schreiben Deutsche Schweiz, Ursula Bänninger, Kursleiterin «Lesen und Schreiben», Hanna Lienhard, Schulpräsidentin Stadt Zürich, Christa Markwalder, Nationalrätin BE, und Ruedi Noser, Nationalrat ZH. Fazit der

Diskussion: Wir müssen offen darüber sprechen und auch in der Arbeitswelt ein Umfeld schaffen, in der solche Probleme angesprochen und individuelle Lösungen gefunden werden. Hier sind auch die Arbeitgeber gefordert, genau hinzusehen. Und unsere Gesellschaft und die Menschen, die eine Lese- und Schreibschwäche haben, müssen ein Selbstbewusstsein entwickeln, damit sie offen mit dieser Schwäche umgehen, eine entsprechende Weiterbildung besuchen und lernen, dazuzustehen, und sich in der Entwicklung nicht bremsen lassen. Mit Intelligenz hat das nämlich alles nichts zu tun, was immer wieder betont werden muss. Im Gegenteil: Sehr oft haben solche Menschen nämlich in anderen Bereichen sogar eine hohe Begabung, die völlig unnötig brachliegt.

Delegiertenversammlung

# In ehrwürdigen Gemäuern

Schauplatz der diesjährigen Generalversammlung der Vereinigung der Bundesbeamten der FDP war der Berner Käfigturm. Der steile Aufstieg in den Veranstaltungsraum steht symbolisch für die Entwicklung, welche die FDP Service Public in den letzten Jahren durchlaufen hat. Belohnt für die Anstrengungen wurden die Teilnehmer der Generalversammlung einerseits mit interessanten Ausblicken über die Stadt und andererseits mit dem erfreulichen Jahresrückblick.

## Beat Schlatter, Präsident

Seit 1256 steht der Käfigturm (damals noch Gloggnertor genannt) prominent in der Berner Innenstadt. Nach dem Neubau des Turmes 1643 hausten bis 1897 bis zu 70 Verbrecher im Käfigturm. Seit 1999 nutzen Politiker aller Couleur den Käfigturm als Veranstaltungsort (ein Schelm, wer hier Böses denkt). Wer die 106 Treppenstufen erklommen hat, durch die engen Fenster auf das Berner Nachtleben

blickt und die massive Tür, mit noch erhaltenen Inschriften von Häftlingen, schliesst, erhält einen Eindruck der beklemmenden Gefühle, welche hier Eingesperrte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts aushalten mussten.

## Positive Bilanz

Die Gefühle, welche im Rahmen der Generalversammlung der FDP Service Public entstanden, sind mit jenen der Gefängnisinsassen in keinsten Art und Weise zu vergleichen. Der Jahresrückblick erlaubte mir, an zahlreiche interessante Anlässe unter dem Motto «Wirtschaft und Verwaltung» zu erinnern. Auch unser Kassier Michael Ostertag sorgte mit der Präsentation der Finanzsituation für positive Gefühle, konnten wir doch einen Gewinn verbuchen.

Dies erlaubt uns, die Mitgliederbeiträge auch im kommenden Jahr konstant zu halten.

## Verabschiedungen und Neumitglieder im Vorstand

Auch unangenehme Aufgaben gehören zu einer Tätigkeit als Präsident. So oblag es mir, an der Generalversammlung gleich mehrere Verabschiedungen aus dem Vorstand vornehmen zu müssen. Marcel Paolino amtierte seit 2006 im Vorstand. Aus beruflichen Gründen kann er zukünftig nicht mehr im Vorstand tätig sein. Nach zwei Jahren tritt auch die Vizepräsidentin Hildegard Weber von ihrem Amt zurück. Ich bin den zurücktretenden Vorstandsmitgliedern zu grossem Dank für ihre Arbeit und Unterstützung verpflichtet. Die Zusammenarbeit war immer sehr konstruktiv und von guter Kameradschaft begleitet.

Auch wenn Abgänge immer schwer zu ersetzen sind, bin ich doch überzeugt, dass wir mit der Wahl von Daniel Seiler zum neuen Vizepräsidenten einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getätigt haben. Mit Daniel Seiler kommt neuer Schwung in unseren Vorstand. Mit der Betreuung unserer Homepage und der Erstellung einer Facebook-Gruppe hat Daniel Seiler bereits wichtige Projekte für eine grössere Aussenwirkung in Angriff genommen. Ich freue mich sehr auf die weitere Zusammenarbeit.

## Ein spannendes Jahr steht bevor

«Politik und Verwaltung» – unter diesem Motto steht das Jahr 2013. Dabei warten wir mit diversen interessanten Vorträgen auf, ebenso konnten wir für den 8. Mai Parteipräsident Philipp Müller für unseren Anlass gewinnen. Es erwartet Sie also wiederum ein Jahr



Im ehrwürdigen Gemäuer des Käfigturms, hier ein Bild aus dem Jahre 1902, traf sich die FDP Service Public zu ihrer Generalversammlung.

voller spannender und interessanter Veranstaltungen.

## Besonderer Gast

Mit Alexandre Schmidt, dem Kandidaten für den Berner Gemeinderat und das Gemeindepräsidium, erhielten wir einen besonderen Einblick in den Wahlkampf der Bundeshauptstadt. Dabei berichtet Alexandre Schmidt von seinen kreativen Wahlkampfkampagnen – wie Türflyer an sämtlichen Haustüren oder die Produktion von eigenen Briefmarken. Die Mühen und die zahlreichen Stunden im Wahlkampf haben sich für den Direktor der eidg. Alkoholverwaltung gelohnt. Am 25. November wurde Alexandre Schmidt in den Berner Gemeinderat gewählt. Ich bin überzeugt, dass er sich dort mit ebenso viel Engagement, Freude und Kreativität einsetzen wird, wie er sich des Wahlkampfes angenommen hat.



Der Service Public schaut auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Unter dem Motto «Politik und Verwaltung» stehen auch 2013 spannende Vorträge an.



## Porträt

# Nationalrat Bruno Pezzatti

Seit rund einem Jahr sitzt Bruno Pezzatti im Nationalrat. Der naturverbundene Zuger hat mit einigen pointierten Vorstössen auf sich aufmerksam gemacht. Im Interview erklärt Bruno Pezzatti seine Position zum NFA und wie er vom Alltag abschalten kann.

*Herr Pezzatti: Am 1. Oktober 2012 titelte die Berner Zeitung «Zuger greift Bern an». Was haben Sie angestellt?*

Ich habe eine Motion eingereicht, die verlangte, dass die Rechtsgrundlage für die NFA in dem Sinn geändert wird, dass Nehmerkantone, bei denen das Rentenalter des Staatspersonals unter demjenigen von Geberkantonen liegt, keinen Ausgleich mehr erhalten sollen.

Bern zum Beispiel ist der grösste Empfänger der NFA, leistet sich aber den Luxus, sein Personal mit 63 in Pension zu entlassen. Der Kanton Zug erhöhte das Rentenalter des Staatspersonals bei der letzten Pensionskassenreform im Jahr 2007 auf das Alter 65/64. Nicht nur Zug, sondern auch andere Zahler- und Nehmerkantone haben ihre Hausaufgaben im Bereiche der grössten Schuldenrisiken (PK, Spitäler usw.) gemacht. Ich denke, dass Nehmerkantone in Zukunft minimalste, von allen Kantonen definierte Voraussetzungen erfüllen sollten, um von Ausgleichszahlungen profitieren zu können. Wer am finanziellen Tropf des Bundes und anderer Kantone hängt, muss sich Bedingungen gefallen lassen. Die Solidarität und Zahlungsbereitschaft von breiten Bevölkerungskreisen in den Geberkantonen darf nicht überstrapaziert werden.

*Heisse Eisen anzupacken scheint Ihnen zu liegen. So verlangen Sie vom Bundesrat Aufklärung über die Auswirkungen von Radioaktivität im Vergleich zu anderen Risiken des täglichen Lebens.*

Das hängt auch mit meiner Einstellung zur Energiepolitik zusammen. Ich habe immer noch grösste Mühe mit dem Bundesrats- und Parlamentsentscheid, die Kernkraftoption einfach



Bruno Pezzatti, Nationalrat.

aufzugeben. Das war ein Schnellschuss.

Ich erkläre mir den Fehlentscheid damit, dass bestimmte politische Kreise, NGOs und Mainstream-Medien nicht erst nach Fukushima, sondern schon seit Jahren systematische und einseitige Fehlinformationen über die Gefahren und Chancen der Kernenergie und Radioaktivität verbreiten. Radioaktivität dosiert eingesetzt wie z. B. in der Medizin oder im Ausland sogar bei Lebensmitteln für deren Haltbarmachung, kann von Nutzen und sinnvoll sein. Gleiches gilt m. E. auch weiterhin für die Kernenergie. In Japan sind nach dem Reaktorschaden in Fukushima in einer Überreaktion leicht verstrahlte Regionen mit 300 000 Ein-

wohnern evakuiert worden, weil dort die gemessene Radioaktivität 20 Millisievert (mSv) überschritten hatte. Es ist bekannt, dass die natürliche Radioaktivität in Alpenregionen im Bereich von über 20 mSv oder gar einem Mehrfachen davon liegen kann. Müsste man nun konsequenterweise alle diese Regionen, zum Beispiel das Oberwallis oder das Tessin, evakuieren?

*Pro Jahr essen Herr und Frau Schweizer ungefähr 77,5 kg Obst. Ist auch die Obstbranche vom hohen Franken betroffen? Spüren Sie den Einkaufstourismus?*

Ja. Bei der Produktion von Früchten sind die Produktionskosten in der Schweiz etwa doppelt so hoch wie in der EU. Aber die Verkaufspreise sind wegen den kurzen Absatzwegen und tiefen Verteil- und Logistikkosten glücklicherweise nur unwesentlich oder teils sogar gleich teuer wie in der EU. Daher spüren wir den Einkaufstourismus im Gegensatz zur Fleisch- und Milchproduktebranche nicht so stark.

*Wie steht der Obstverband zum Agrarfreihandel mit der EU?*

Wir sind in der heutigen Situation gegen den Agrarfreihandel. Der Hauptgrund ist, dass unsere Mitglieder, d. h. Obstproduzenten und Obstverarbeiter, einfach nicht gleich lange Spiesse haben wie ihre Konkurrenten im EU-Raum. Ein Beispiel: In der EU werden nicht nur Obstbauern mit Direktbeiträgen unterstützt, sondern im Gegensatz zur Schweiz auch die Verarbeitungsindustrie sowie Grosshandels- und Vermarktungsorganisationen.

Wenn nur annähernd gleiche Rahmenbedingungen und gleich lange Spiesse bestehen würden, beispielsweise bei der Rekrutierung und Entlohnung von Erntehelfern oder bei

anderen Subventionen, dann wären Obstproduzenten und Obstverarbeiter sofort für den Freihandel.

*Merken Sie auch im Obstbereich das bekannte Bauernsterben?*

Wir haben im Obstbau seit je Produktions-, Handels- und Gewerbefreiheit und hatten bei Tafel Früchten nie Übernahme- oder Preisgarantien. Diese weitgehend liberale Marktordnung hat sich bis heute bewährt. Die Obstproduzenten waren schon immer starken Marktkräften ausgesetzt. Daher ist der Rückgang nicht so ausgeprägt wie z. B. bei Milchwirtschaftsbetrieben. Wir stellen aber eine stetige Professionalisierung und eine flächenmässige Vergrösserung der Betriebe fest.

*Sie zählen Fischen und Pilze sammeln zu Ihren Hobbys und sind Direktor des Schweizer Obstverbandes. Sind Sie ein Naturbursche?*

Ich bin gerne in der freien Natur sowie als Ingenieur Agronom auch beruflich naturverbunden. Fischen oder Pilze sammeln sind meine bevorzugten Freizeitbeschäftigungen und gewissermassen meine persönlichen Zeiteinseln, wo ich mich zurückziehen kann. In Zukunft werde ich dafür etwas mehr Zeit haben, wenn ich die operative Leitung des Obstverbandes per Ende Jahr abgebe. Ebenso kann ich dann auch mehr Zeit für das Nationalratsmandat aufbringen.

Bruno Pezzatti wohnt in Edlibach, das zur Zuger Gemeinde Menzingen gehört, ist verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter. Der diplomierte Agronom sass von 1998 bis 2010 im Zuger Kantonsparlament, welches er in den letzten zwei Jahren seiner Amtszeit präsidierte. Seit 2011 sitzt er im Nationalrat.

Junge Talente

# Unser Nachwuchs weiss, was er will

Seit mehreren Jahren fördert die FDP mit ihrem Mentoringprogramm politische Nachwuchstalente. Im Schweizer Freisinn stellen sich die jungen Politikerinnen und Politiker vor.

Das Mentoringprogramm der FDP Schweiz wurde 2009 auf Initiative von Claudine Esseiva, Generalsekretärin der FDP. *Die Liberalen Frauen*, ins Leben gerufen. Bei der ersten Durchführung konnten elf junge Politikerinnen und Politiker vom Programm profitieren. Aufgrund der guten Erfahrungen wurde 2012 eine weitere Durchführung gestartet. Aktuell werden 22 Jungtalente aus der ganzen Schweiz gefördert.

Im Mentoringprogramm erhalten die Nachwuchspolitikerinnen und -politiker je einen kantonalen und einen nationalen Politiker wie auch einen Wirtschaftsvertreter als Mentor zur Seite gestellt. Die genaue Zusammenarbeit definieren die Mentees mit ihren Mentoren selber, damit die Unterstützung auf die Bedürfnisse des Mentees abgestimmt werden kann. Typischerweise umfasst die Zusammenarbeit verschiedene Treffen sowie die Möglichkeit, bei verschiedenen Anlässen dabei zu sein. Im Gespräch mit den Fachkräften wie auch mit der Teilnahme an Sitzungen oder Veranstaltungen erhalten die Mentees Gelegenheit, Neues zu lernen, ihr Netzwerk zu verbessern und Erfahrungen zu sammeln. Zudem bekommen sie auch Rückmeldungen ihrer Mentoren, welche sie in ihrer Entwicklung fördern sollen. Während zwei Jahren erhalten sie so Schub für ihre politische Karriere.

### Das Mentoringkonzept basiert auf drei Grundsätzen

**Leadership:** Junge Persönlichkeiten sollen lernen, was es heisst, Verantwortung und Führung zu übernehmen, und dies mit ihren Mentoren als Vorbild erleben.

**Experience:** Die Mentees sollen die Möglichkeit bekommen, an Anlässen und Treffen teilzunehmen, um zu erfahren, was es heisst, in den obersten Gremien der Politik und Wirtschaft mitzuarbeiten.

**Opportunity:** Den Mentees soll die Möglichkeit geboten werden, selber Aufgaben und Präsentationen zu übernehmen, Medienauftritte zu bekommen und allgemeine Auftritte wahrzunehmen. Sie sollen in die Arbeit mit eingebunden werden und aktiv in die Netzwerke der Mentoren eingeführt werden.

Die Förderung von jungen, engagierten Talenten ist ein zentrales Anliegen der FDP. In Zusammenarbeit mit den Jungfreisinnigen sowie mit dem Mentoringprogramm soll versucht werden, Nachwuchs an die Politik heranzuführen und ihm das Handwerk für eine politische Karriere näherzubringen. Es ist eine Freude zu erleben, mit welchem Engagement und Einsatz sich die Mentees in das Programm einbringen. Auch der Arbeit der Mentoren gebührt grosser Dank. Sie setzen sich neben ihren vielen anderen Verpflichtungen vorbildlich für die Förderung junger und engagierter FDP-Mitglieder ein.

Im Schweizer Freisinn werden in den nächsten Ausgaben alle Teilnehmenden des Mentoringprogrammes vorgestellt. Man darf gespannt sein, wo man diese Köpfe in Zukunft noch sehen wird.

## Andreas Schwarz

Gründungsmitglied und Präsident a.D. Jungfreisinnige Werdenberg-Sarganserland, Vizepräsident FDP Werdenberg, Delegierter FDP SG, Präsident Fachkommission Aussenpolitik FDP CH, Business Manager, Kundenbetreuung KMU, ledig, keine Kinder

*Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?*

Mein Interesse an der Politik weckten die traditionellen Diskussionen bei Familienzusammenkünften, vor allem aber auch am elterlichen Esstisch. Die Motivation, diesem Interesse aktiv nachzugehen, entstand während der Kanti aus der banalen Erkenntnis, dass man selbst etwas tun muss, damit etwas passiert. Z. B., um den lauten Parolen der Polparteien etwas entgegenzuhalten ...

*Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

Dass es dieses Land und seine Bewohner – trotz der Vielfalt an Kultur, Sprache, Geografie und viele weitere Einflüsse auf engstem Raume – es durch ihr Interesse und Engagement geschafft haben, an der Idee der unteilbaren Willensnation festzuhalten. Kurz: ziviles Engagement und der gewissenhafte Kompromiss.

*Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?*

Franz Steinegger wegen seiner unbeirraren Sachlichkeit und Ruhe. Adolf Ogi durch sein unermüdeliches Engagement und seinen ansteckenden Elan. Schliesslich Helmut Schmidt wegen seiner analytischen Weitsicht. Allen ist zudem gemeinsam, dass sie ihre Überzeugungen nicht politischem Opportunismus opferten, ohne dabei einem Dogmatismus zu verfallen.

*Was erhoffen Sie sich vom Mentoringprogramm?*

Neben der Möglichkeit, mich in der Partei einzubringen (z. B. als Präsident der Fachkommission Aussenpolitik) und da und dort Kontakte knüpfen zu können sicherlich auch, von den Erfahrungen meiner Mentoren zu lernen. Proaktivität wird dabei übrigens sehr geschätzt!

*Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?*



Die grösste Herausforderung ist die Formulierung einer Vision der Schweiz (bzw. ihrer Rolle) in einer globalisierten Welt. Damit tun sich alle schwer. Die langfristige Regelung der Beziehungen zu Europa sowie die «10-Mio.-Schweiz» und damit verwandte Fragestellungen (persönliche und wirtschaftliche Mobilität, Infrastruktur, gesundheitliche und soziale Sicherheit) sind dabei wohl entscheidende Fragen. Um diese Diskussion aber überhaupt führen zu können, braucht es von allen Beteiligten die Einsicht, dass diese Fragen überhaupt diskutiert werden müssen.

*Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?*

Die Summe der Eigenschaften, welche ich den genannten Vorbildern zusprechen, und m.E. übrigens nicht nur Politikern gut stehen.

*Was ist für Sie typisch FDP?*

Die vernünftigen «Alten» und die frechen Jungfreisinnigen. Eine gute Mischung, um den Meinungs austausch anzuregen. Leider, so scheint es mir, sind wir aber häufig einfach zu wenig mutig, die guten wirklich liberalen Ideen auch gegen aussen zu vertreten. Da drückt wohl oft die über 160 Jahre dauernde Regierungsbeteiligung durch ... auch typisch FDP!



## Linda Seiler

Delegierte FDP TG, Präsidentin Jungpolitikernetzwerk Thurgau, Schülerin (Intern. Bacculaureate), ledig, keine Kinder

*Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?*

Schon zu früheren Zeiten wurde in meiner Familie über das aktuelle und politische Geschehen diskutiert, damit habe ich den Bezug zur Politik bekommen. Als meine drei Jahre ältere Schwester, Andrea Seiler, mit 16 Jahren den JFTG beitrug, intensivierte sich der Kontakt zur Politik. Als ich dann selbst an Veranstaltungen teilnahm, wurde mir bewusst, dass ich aktiv die Zukunft der Schweiz mitgestalten möchte. Ausserdem möchte ich die junge Generation vertreten und sie auch dazu motivieren, sich aktiv politisch zu engagieren.



*Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

Die Individualität und die Vielseitigkeit. Wir leben in einem Land, das viele Facetten hat. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir im Vergleich zu anderen Ländern eine hohe Lebensqualität haben.

*Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?*

Ich habe kein politisches Vorbild. Es gibt einige sehr gute Politiker, die vorbildlich handeln, aber ich persönlich möchte meinen eigenen politischen Weg gehen. Den Lebensstil oder die Meinung von einer einzelnen Person möchte ich nämlich nicht vertreten.

*Was erhoffen Sie sich vom Mentoringprogramm?*

Zuerst möchte ich mehr Kontakt mit Personen ausserhalb des Kantons Thurgau knüpfen. Für junge Leute ist es häufig sehr schwer, Aufmerksamkeit und Vertrauen von der älteren Generation zu bekommen. Durch die Unterstützung von meinen drei Mentoren werde ich anders wahrgenommen und viel mehr geschätzt. Ausserdem möchte ich mehr Einblicke in das politische Geschehen bekommen. Durch den super Einsatz meiner drei Mentoren (Andrea Caroni, Milan Prenosil und Max Vögeli) habe ich die Chance, sehr viele politische Erfahrungen zu sammeln.

*Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?*

Neben der Bekämpfung der Wirtschaftskrise ist es wichtig, dass wir unsere Sozialversicherungen in einen gesunden Zustand bringen. Wir müssen einen guten Mittelweg finden, damit sie noch lange den zustehen, die sie benötigen.

*Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?*

Ein guter Politiker oder eine gute Politikerin kann durch viel Engagement, Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit und Bodenständigkeit das Vertrauen der Bevölkerung, welches sehr wichtig ist, gewinnen. Er/sie muss aus Liebe zum Schweizer Volk und der Schweiz selber handeln und nicht für sich selbst.

*Was ist für Sie typisch FDP?*

Die FDP handelt im Gegensatz zu einigen Parteien nicht überstürzt. Erst wenn alles hundertprozentig abgeklärt ist, nimmt sie eine Position ein. Damit kann die FDP enorm viel Vertrauen gewinnen.

## Daniel Seiler

Vizepräsident FDP Service Public, Sekretär FDP Jegenstorf, Jurist, verheiratet, eine Tochter

*Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?*

Ich möchte etwas bewegen in meinem Umfeld, etwas Positives bewirken in der Schweiz. Wenn nicht in unserem Land, wo hat man denn sonst die Möglichkeit, sich derart direkt in einem Staat einzubringen?

*Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?*

Die Schweiz ist ein stabiles, sicheres und sympathisches Land. Der Staat ist auf allen Ebenen geprägt von direkter Einflussnahme durch die Bevölkerung, dieser direktdemokratische Aufbau ist einzigartig und gefällt mir sehr gut. Der schweizerische Staatsapparat, sowohl auf Ebene Bund, Kantone und Gemeinden, ist schlank und effizient.

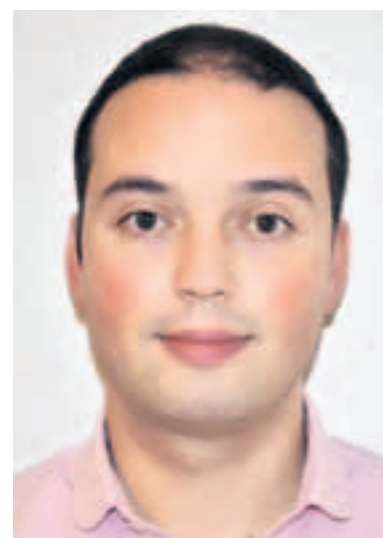
*Wer ist Ihr politisches Vorbild und warum?*

Es gibt und gab zahlreiche engagierte und bewundernswerte Persönlichkeiten in der Politik. Bezogen auf die Schweiz, bewundere ich insbesondere die Politiker, welche den Mut und die Ideen besaßen, unseren Bundesstaat zu gründen und zu festigen. Ausserhalb der Schweizer Politik sehe ich insbesondere Personen als Vorbild an, welche sich beispielsweise für Demokratie, Freiheitlichkeit und liberale Ideale in Staaten einsetzen, in welchen diese noch nicht vorhanden sind. Oft ist ein solches Engagement in derartigen Staaten sogar heute noch sehr gefährlich.

*Was erhoffen Sie sich vom Mentoringprogramm?*

Ich erhoffe mir zunächst, tiefere Einblicke in die Tätigkeiten der Politik und den politischen Alltag zu erhalten. Auch eine Erweiterung des Netzwerks ist dadurch möglich. Aufgrund dieser Erfahrungen weiss ich dann viel besser, in welchem Bereich und auf welche Art ich mich zukünftig politisch engagieren kann.

*Welches ist aus Ihrer Sicht die grösste politische Herausforderung der Schweiz?*



In einem Umfeld der anglo-amerikanischen und europäischen Wirtschaftsschwäche ist die Schweiz in vielerlei Hinsicht allein und kann oft nicht auf Unterstützung von anderen Staaten zählen. Somit wird eine der grossen Herausforderungen im einheitlichen Auftreten nach aussen und im Wahrnehmen und Durchsetzen der Interessen der Schweiz bestehen. Innenpolitisch sehe ich die Themen Sicherheit, Migration, Sozialwerke und Arbeitsmarkt als sehr zentrale Herausforderungen.

*Was macht eine gute Politikerin, einen guten Politiker aus?*

Das ist jemand, der gut zuhören kann, der die Bedürfnisse und Ängste der Bevölkerung kennt. Jemand, der «Bodenhaftung» hat und weiss, was wie politisch bewirkt werden kann, damit er die Anliegen der Bürger umsetzen kann.

*Was ist für Sie typisch FDP?*

Die FDP steht für gangbare Lösungen, für sinnvolle Kompromisse und für ehrliches Interesse an der Schweiz. Die FDP bewirkt vieles, oft nicht direkt sichtbar, und doch spürbar, indem tatsächlich an Lösungen gearbeitet und auf Polemik verzichtet wird.

Weltenbummler

# Stadt. Land. Fluss. Partei.

Unternehmen, Städten oder ganzen Ländern eine Neupositionierung zu verpassen oder Grossprojekte inhaltlich zu entwickeln, das ist der Job von Thomas Sevcik. Ein Aufgabe, die sich nicht einfach vom Schreibtisch aus erledigen lässt. Darum fliegt der Zürcher über 200-mal pro Jahr, hat Büros in Zürich und Los Angeles und nun auch in Hongkong. Der «Schweizer Freisinn» sprach mit dem Weltenbummler über die Zukunft von Schweizer Städten, seine Heimat Zürich und möglichen Reaktionen auf neue Parteien.

*Herr Sevcik, Sie erarbeiten unter anderem Neupositionierungen von Städten. Was muss sich unsere Leserschaft unter dieser Bezeichnung vorstellen?*

Unsere Firma begann ursprünglich als Spezialfirma für Markeninszenierungen. Wir arbeiteten viel für Weltausstellungen oder entwarfen die «Auto-

*densten Länder dieser Welt. Wie gehen Sie mit den kulturellen Unterschieden Ihrer Gesprächspartner um?*

Wir beziehen immer kulturraffine Leute vor Ort in unsere Arbeit mit ein. Auch in Amerika, wo wir teilweise leben und dessen Kultur uns von der Sprache her vertraut ist, würden wir

Länder sind extreme Gegenpole, welche aber die Gemeinsamkeit ihrer jeweils sehr starken Kultur haben.

*Durch Ihre vielen Reisen erleben Sie die kulturellen Unterschiede sehr direkt. Wie gehen Sie persönlich damit um?*

In der Tat bin ich viel unterwegs, mein CO<sub>2</sub>-Fussabdruck ist sehr schlecht. Zum Ausgleich habe ich kein Auto und esse möglichst nur regionale Produkte, egal wo ich bin. Die verschiedenen Kulturen sind eine Herausforderung, die mich aber von Anfang an interessiert hat. Meine Eltern wanderten aus der Tschechoslowakei in die Schweiz ein, wo ich geboren wurde. Als typischer Secondo weiss man, wie es ist, wenn Kulturen aufeinanderprallen. Ich erachte die Schweiz als gutes Trainingscamp. Auch wenn die Unterschiede zwischen den Sprachregionen

*Haben Sie trotz Ihren vielen Reisen noch ein Zuhause?*

Ich würde schon sagen, dass Zürich unser Wohnort ist, allerdings verschieben wir unseren Schwerpunkt im Moment nach Hongkong. Zürich ist ein interessanter Standort sowohl zum Leben als auch zum Arbeiten, vor allem, wenn man international tätig ist. Aber tatsächlich sind meine Frau und ich typische Vertreter der Global Class. Wir fühlen uns an mehreren Orten zu Hause.

*Sie nennen Zürich einen interessanten Standort für international tätige Firmen. Warum ist das so, und gilt das auch für andere Schweizer Städte?*

Die Schweiz ist absolut top, eine Gewinnerin. Ich finde es traurig, dass die Schweizer dies oft und in vielen Bereichen nicht sehen, auf hohem Niveau

## «Jede Stadt hat ihre eigene DNA.»

stadt» in Deutschland mit. Im Laufe der Zeit haben wir uns auf strategische, konzeptionelle Bereiche vor allem für Unternehmen und Marken konzentriert, und seit zehn Jahren sind wir nun darüber hinaus spezialisiert auf die langfristige Positionierung von Städten. Dabei geht es uns darum, herauszufinden, was die Essenz einer Stadt ist und welche Geschichte sie sich und der Welt erzählen will. Lange Zeit versuchte man den Grundcharakter von Städten zu ändern, um aus jeder ein Silicon Valley oder eine Kulturstadt zu machen. Doch jede Stadt hat ihre eigene DNA. Diese gilt es herauszufinden und so die Stadt zu positionieren. Das sind sehr langfristige Projekte, mit einem sehr komplexen und inhaltstiefen Prozess. Es ist

uns nicht anmassen, die Kultur vollkommen zu verstehen. Unsere Firma ist sehr klein – wird sind ein typischer «Micro-Multinational» –, und unsere Teams werden immer wieder neu zusammengestellt mit Personen mit den unterschiedlichsten Reisepässen. Gelegentlich muss ich Mitarbeiter ausserhalb der Schweiz treffen, weil sie kein Visum für die Schweiz erhalten.

Wir sehen extreme Unterschiede in den Kulturen, und oft sind die anders, als man es erwartet hätte. So hat uns beispielsweise in Russland das extrem hohe Bildungsniveau fasziniert. Die Russen haben eine grosse Kulturraffinität, nur leider bringen sie die vorhandenen PS nicht auf die Strasse. Bei den Amerikanern hingegen sieht man zurzeit in einigen Bereichen einen

## «Ich finde es traurig, dass die Schweizer oft und in vielen Bereichen nicht sehen, dass die Schweiz top ist.»

vielleicht nicht so gross sind, sind sie doch da. Wenn man einmal gelernt hat, mit anderen Kulturen umzugehen, kann man das auch in Mittelchina oder den Anden anwenden. Man versteht, dass das Gegenüber eine andere Kultur hat, andere Dinge für ihn wichtig sind und man versucht das zu berücksichtigen. Es ist ein Lernprozess, in dem man auch Fehler macht. Übrigens ist es für mich erstaunlich, dass auch in Europa noch viele kulturelle Unterschiede bestehen. Den Europäer per se gibt es nicht.

rumnörgeln oder unsere Leistung kleinreden. Was dieses Land ohne Rohstoffe geleistet hat, ist beachtenswert. Und unsere Städte spielen diesbezüglich eine grosse Rolle. Sie sind sehr kompetitiv. Nehmen wir zum Beispiel Städte wie Lausanne, Bern oder Winterthur. In anderen Ländern sind Städte solcher Grösse, mit 100 000 bis 150 000 Einwohnern, richtige Nester. Unsere Städte sind hingegen überhaupt nicht provinziell. Die Urbanisierungsqualität in der Schweiz ist sehr hoch.

## «Die Urbanisierungsqualität in der Schweiz ist sehr hoch.»

schwieriger, eine Stadt neu zu positionieren, als eine Konsumgütermarke. Städte sind die Summe ihrer Bewohner und somit sehr dynamisch.

*Ihre Arbeit bringt Sie in die verschie-*

Anti-Intellektualismus. Alles, was Bildung oder langfristige Lösungen angeht, wird dann als sozialistisch betrachtet. Die Amerikaner sind aber sehr offen und interessiert an aussergewöhnlichen Lösungen. Diese beiden



Demgegenüber stelle ich fest, dass die Schweizer Urbanisierungsmuffel sind. Es besteht eine Diskrepanz zwischen der Realität und der Wahrnehmung der Schweizerinnen und Schweizer. Eigentlich ist die Schweiz zwischen Bern und Zürich schon zusammengewachsen, aber die Schweizer haben in sich eine Aversion gegen Städte. Wir sind viel urbaner, als wir selber zugeben.

*Werden sich die Schweizer Städte noch vergrössern und zu sogenannten Metropolitanregionen zusammenschliessen müssen? Oder hat das Dorfdenken in der Schweiz Zukunft?*  
Das ist so eine Sache. Auf der einen Seite gibt es Stimmen, die sagen, die Zeit der Megastädte sei vorbei und

### «Ich erachte die Schweiz als gutes Trainingscamp.»

dass mittelgrosse Städte in der Grösse von Zürich, Genf oder Basel mehr Zukunft haben, weil sie viel intelligenter, vernetzter und spezialisierter sind. Man braucht heutzutage keine Riesenstadt mehr zu sein, um alle Bedürfnisse zu erfüllen. Demgegenüber steht die Talentknappheit, welche man tatsächlich bemerkt. Es gibt auch in Zürich viele Firmen, die darüber klagen, dass man nicht die Leute bekommt, die man braucht. Ab einer gewissen Grösse haben Städte einen grösseren Talentpool zur Verfügung. In dieser Beziehung machen Metropolitanregionen schon Sinn.

Neue Theorien setzen sich allerdings wiederum für Smallness ein und loben die Schweiz. Mit ihren kleinen Organisationsformen sei sie im Vorteil, weil sie sich schnell auf Veränderungen anpassen kann. Aber die Gemeindefusionen und Zweckverbände, die aufkommen, zeigen, dass wir gewisse Sachen in grössere Zusammenhänge stellen müssen.

*Haben Sie auch schon für ideelle Marken gearbeitet?*

Wir machen viel für ideelle Marken, z. B. für die ETH, das Aussenministerium in Deutschland oder im Moment



«Was die Schweiz ohne Rohstoffe geleistet hat, ist bemerkenswert», Thomas Sevcik.

etwa für die ArtBasel. Die Arbeit mit ideellen Marken ist für uns sehr interessant, denn sie ist viel komplexer, vielschichtiger und subtiler als bei Konsummarken. Für die FDP durften wir vor einigen Jahren auch strategische Ideen liefern.

*Wie sollte man sich strategisch mit dem Aufkommen neuer kleinerer Parteien auseinandersetzen?*

Ich glaube, ein klassischer Markenberater würde nun raten, das Profil zu schärfen. Kleinere Parteien haben Startvorteile und können sich auf eine Nische konzentrieren. Nun denkt man, auch die Grossen müssten sich wohl auf ihren Kern besinnen. Dem gegenüber steht aber – und das ist sicherlich interessant für die Parteien – dass in den angelsächsischen Ländern vermehrt Dog-Whistle-Strategien gefahren werden. Diese sagt aus, dass es mir als Marke egal ist, ob ich von unterschiedlichen Leuten unterschiedlich wahrgenommen werde (nicht jeder hört die Hundepfeife), solange ich diese richtig bedienen kann und irgendwo einen Markenkern habe. Nehmen sie Volkswagen als Beispiel: VW wird in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich wahrgenommen. In Amerika ist VW als Marke viel progressiver und cooler, während sie beispielsweise in der Schweiz lange als gut Deutsch, aber bieder dargestellt wurde. Das ist nicht schlimm, wichtig ist nur, dass ich das im Markenmanagement im Griff habe.

Man kann als Partei ein breites Spektrum anbieten, muss aber die richtigen Botschaften, die richtigen Elemente an die richtigen Leute bringen. Man muss aber aufpassen, dass man Politmarken nicht wie Automarken betrachtet. Deswegen glaube ich nicht, dass man die Politik emotionalisieren muss. Politik muss nicht per se Spass machen. In vielen Ländern gab es Versuche, die Politik zu emotionalisieren, die nicht funktioniert haben.

Jahresrückblick

# Das Jahr 2012 – eine Hommage

Das erste Jahr nach den Wahlen. Das Jahr der Präsidentenwechsel. Das Jahr der 8 Millionen Einwohner der Schweiz. Das Jahr 2012 hielt viel bereit – der «Schweizer Freisinn» schaut zurück!

## Präsidentenwechsel

Es war ein Jahr voller Wechsel an den Parteispitzen. Am 21. April löst Philipp Müller Fulvio Pelli als Parteipräsident ab.

Am 14. April wählen die Jungfreisinnigen Philippe Nantermod und Maurus Zeier als Co-Präsidenten.

Am 18. August wird François Baur neuer Präsident der FDP International.



## Kreative Wahlkämpfe mit Erfolg

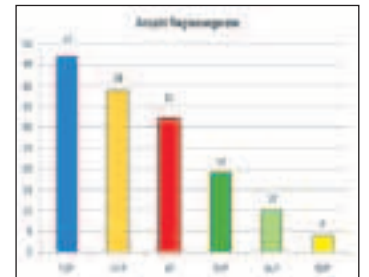
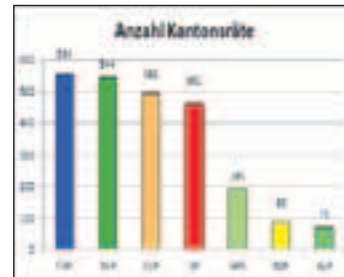
Dank kreativen Wahlkampf-Aktionen ist die FDP wieder die stärkste Partei in den Kantonen mit 553 kantonalen Parlamentariern und 47 Regierungsräten. Einige Beispiele:



FDP Stadt Bern



FDP St. Gallen



## Swiss Award

Nominiert in der Kategorie «Politik» gewann die St. Galler Ständerätin Karin Keller-Suter am 15. Januar den Swiss Award für ihr «konsequentes Vorgehen gegen die Gewalt in Fussballstadien». Die Jury zeichnete sie für ihren Einsatz im Kampf gegen Hooliganismus aus. Karin Keller-Sutter widmete ihren Preis allen Polizistinnen und Polizisten, welche sich dafür einsetzen, dass Sportanlässe sicher durchgeführt werden können.



## Erfolgreiche Referendumpolitik

Die Jungfreisinnigen bodigen zusammen mit der FDP und weiteren Gruppierungen die Wiedereinführung der Buchpreisbindung. Am 11. März lehnten über 56 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer die Wiedereinführung der Buchpreisbindung ab. Somit gilt in der Schweiz weiterhin der Wettbewerb im Buchhandel. Auffällig war der Röstigraben, der sich bei dieser Abstimmung auftat. So nahmen nur welsche Kantone die Vorlage an, alle Deutschschweizer Kantone sprachen sich für das Referendum aus.





## Gesundheitspolitik

# Einheitskasse – Nein zu einer Scheinlösung!

Mehr Staat und weniger Leistungen im Gesundheitswesen! Genau das wird das Resultat der im Mai dieses Jahres eingereichten «Initiative für eine öffentliche Krankenkasse» sein. Ein Blick auf die bisher nur grob skizzierte Organisationsstruktur im Initiativtext zeigt, dass künftig Bund, Kantone, Leistungserbringer und Versicherte im Leitungsorgan sitzen würden.

## Urs Brogli, Präsident der Fachkommission Gesundheit der FDP Schweiz

Das muss zu unlösbaren Interessenskonflikten führen. Schon heute haben die Kantone eine – kostspielige – Mehrfachrolle inne und steuern vor allem im Spitalbereich die Versorgung nach ihrem Gutdünken. Bestrebungen, auch in die ambulante Versorgung einzugreifen, sind im Gange. Zur totalen Verstaatlichung fehlt dann nicht mehr viel – nur noch die Einheitskasse.

### Prämienanstieg lässt sich nicht verhindern

Die Befürwortenden meinen, dass mit einer Einheitskasse wesentlich günstigere Verwaltungskosten anfallen, die sich positiv auf das Prämienniveau auswirken würden. Dabei wird vergessen, dass diese Kosten auch bei einer Aufhebung der Wettbewerbssituation nicht wegfallen. Die Aufgaben bleiben grundsätzlich dieselben. Da der Konkurrenzdruck nicht mehr vorhanden ist, besteht jedoch die Gefahr von Ineffizienz und höheren Kosten. Gleichzeitig fällt der Druck zu möglichst günstigen und qualitativ hochstehenden Leistungen weg.

### SUVA-Vergleich unzulässig

Immer wieder wird gerne auf das Erfolgsmodell der Unfallversicherung SUVA hingewiesen und diese als Vorbild für eine künftige Einheitskasse genannt. Dabei wird vergessen, dass die beiden grossen Sozialversicherungswerke völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen unterworfen sind. Beim Kostenvergütungsprinzip der Krankenversicherung wählt der Patient den Arzt selber aus und erhält anschliessend die von diesem in Rechnung gestellten Kosten zurückerstat-



«Eine Einheitskasse führt zu mehr Staat und weniger Leistungen», Urs Brogli, Präsident Fachkommission Gesundheit.

tet. Beim Naturalleistungsprinzip der SUVA ist nicht der Versicherte, sondern die Unfallversicherung Auftraggeberin, was unter Umständen die freie Arzt- und Therapiewahl einschränken kann.

### Versteckter Weg zur Einheitskasse

Zwar lehnt der Bundesrat die Initiative

ab, sein Gegenvorschlag bringt uns aber auch nicht weiter. Die Einführung eines Hochrisikopools für Chronischkranke trägt nicht zur Verminderung der Risikoselektion bei, und die strikte Trennung der Grund- und Zusatzversicherung ist höchst fragwürdig: Ein solches Unterfangen stellt nicht nur eine grosse regulatorische Herausforderung dar, sondern generiert auch sehr hohe Kosten bei einem äusserst geringen Nutzen. Die bundesrätlichen Alternativvorschläge sind nichts anderes als eine gut getarnte Einführung der Einheitskasse auf Umwegen. Eine unverständliche Haltung, stellte sich der Bundesrat doch bisher ausdrücklich hinter das Wettbewerbssystem im Gesundheitswesen.

### Risikoausgleich muss schnell verbessert werden

Die Jagd der Krankenversicherer nach guten Risiken ist tatsächlich ein leidiges Thema. Die in der Managed-Care Vorlage enthaltene Verbesserung des Risikoausgleichs ging mit der Ableh-

nung der Gesamtvorlage leider unter. Der Risikoausgleich ist ein System, mit dem die unterschiedlichen Risiken und Kosten der Krankenversicherungen ausgeglichen werden: Kassen mit vorwiegend jungen, gesunden Versicherten leisten eine Abgabe, die der Konkurrenz mit mehr kranken Versicherten zugutekommt. Mit einer Verfeinerung der Kriterien können die Billigkassen bekämpft werden.

### Reformen sofort in Angriff nehmen

Die gänzliche Abschaffung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen ist eine Scheinlösung und entspricht nicht den Bedürfnissen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger. Anstatt des Gegenvorschlags sollte sich das Parlament sofort um die Verfeinerung des Risikoausgleichs kümmern und das Krankenkassenaufsichtsgesetz weiter verfolgen. Damit kann die Transparenz in der Grundversicherung und die Aufsicht über die Krankenkassen verbessert werden.



Einheitskasse: und der Wettbewerb stirbt.

Umfrage

# Wer liest ihn denn noch?

Der «Schweizer Freisinn» mit seinen kantonalen Ausgaben ist unser Organ, um Sie, werte Leserschaft, direkt über die *FDP.Die Liberalen* Schweiz zu informieren. Er soll informieren, unterhalten, zum Nachdenken anregen, aber auch mal zum Lachen bringen. Er soll Ihnen unsere Positionen erklären und unsere Politiker näherbringen.

**Werte Leserinnen und Leser**

Als Chefredaktorin ist es mein Ziel, den Freisinn stets zu verbessern und Ihren Bedürfnissen anzupassen. Der Schweizer Freisinn soll Ihnen spannende und interessante Unterhaltung bieten und nicht einfach ein Blatt unter vielen sein. Intern laufen derzeit Überlegungen, wie wir den Freisinn attraktiver und interessanter gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir Ihre Hilfe. Nur durch Ihre Rückmeldungen und Ihre Meinung zum Freisinn können wir eine Verbesserung erreichen, welche Ihren Bedürfnissen und Wünschen gerecht wird.

Ich bitte Sie daher herzlich, diese Umfrage zu beantworten. Sie helfen damit dem gesamten Redaktionsteam, den Freisinn zu verbessern und ihn somit zu einem wichtigen Instrument der Parteiarbeit zu machen.

Die Umfrage kann auch online ausgefüllt werden. Unter [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) finden Sie den entsprechenden Link. Für Ihre Unterstützung und Hilfe danke ich Ihnen herzlich.

**Carina Schaller**

Bitte retournieren Sie die Umfrage auf folgenden Wegen:

Per Post an  
FDP.Die Liberalen  
Carina Schaller  
Neuengasse 20  
Postfach 6136  
3001 Bern

Per E-Mail an  
[schaller@fdp.ch](mailto:schaller@fdp.ch)

Für persönliche Kritik oder Anregungen stehe ich Ihnen gerne auch telefonisch zur Verfügung unter 031 320 35 35.

**Umfang und Erscheinungstermine**

**Der Schweizer Freisinn ist**

- Zu umfangreich
- Zu klein
- Sollte folgende Anzahl Seiten enthalten: \_\_\_\_\_

**Der Freisinn erscheint**

- Zu häufig
- Zu selten
- Der Freisinn sollte 2x, 4x, 6x erscheinen

**Wie beurteilen Sie den Freisinn insgesamt?**

- Sehr gut
- Eher gut
- Eher schlecht
- Sehr schlecht
- Weiss nicht

**Eigene Bemerkungen:**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Inhalt**

**Die Beiträge sind**

- Zu lang
- Zu kurz

**Die Beiträge sind**

- Informativ
- Langweilig

**Die Beiträge liefern**

- Neuigkeiten über die FDP
- Nur bereits Bekanntes

**Im Freisinn fehlt mir Folgendes:**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Leseverhalten**

**Ich lese im Freisinn**

- Alles
- Ausgewählte Artikel

**Im Freisinn lese ich folgende Rubriken:**

- Aktuell  
 immer  manchmal  nie
- Aus den Kantonen  
 immer  manchmal  nie
- Unter Freisinnigen  
 immer  manchmal  nie
- FDP Frauen  
 immer  manchmal  nie
- Jungfreisinnige  
 immer  manchmal  nie
- Service Public  
 immer  manchmal  nie
- Fraktion  
 immer  manchmal  nie
- Abstimmungen  
 immer  manchmal  nie
- Portrait  
 immer  manchmal  nie
- Interview  
 immer  manchmal  nie

**Welche Informationsplattformen werden zudem verwendet?**

- Webseite
- Newsletter

**Welche Informationsplattformen sollen ausgebaut werden?**

- Webseite
- Elektronischer Freisinn

**Ich nutze Internet**

- Ja
- Nein

**Zukunft des Freisinns**

**Der Freisinn sollte**

- Ausgebaut werden
- Abgeschafft werden

**Der Freisinn sollte über Folgendes berichten:**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**Der Freisinn sollte nur noch elektronisch vorhanden sein**

- Ja  Nein  Weiss nicht

**Angaben zur Person (freiwillig)**

Alter: \_\_\_\_\_

Geschlecht: \_\_\_\_\_

Wohnkanton: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

FDP-Mitglied seit: \_\_\_\_\_



## Richtigstellung

# Unternehmenssteuer-Reform II

Immer wieder gibt es von linker Seite Kommentare über die Unternehmenssteuer-Reform II mit dem mehr oder weniger direkten Vorwurf an alt Bundesrat Merz, er habe bei den Verhandlungen zu dieser Steuer-Reform die tatsächlichen Ausfälle in der Staatskasse zu wenig deutlich dargestellt. Im Schweizer Freisinn nimmt Hans Rudolf Merz exklusiv Stellung.

## Alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz

Mit der Unternehmens-Steuerreform II (USR II) wurde eine Reihe von steuerlichen Erleichterungen beschlossen, u. a. die Behandlung von Dividenden in der Abgrenzung zum Unternehmerlohn für KMU sowie die indirekte Teilliquidation zwecks leichter Übertragbarkeit eines Unternehmens an die nächstfolgende Generation. Sodann haben wir das Kapitaleinlageprinzip eingeführt, das in der Schweiz noch nicht bestand, wohl aber im Ausland. Damit wurde das bisherige verfassungswidrige Nennwertprinzip ersetzt, wonach Agios oder Zuschüsse von Anteilshabern bei der Rückzahlung nochmals als Einkommen besteuert wurden. Diese Mehrfachbelastung galt es, zu beseitigen.

### Kein Aspekt der Diskussion

Schwierigkeiten bereitete in der Tat die Schätzung der finanziellen Folgen, vor allem weil im Parlament eine Rückwirkung beantragt und vom Stimmbürger beschlossen wurde. Diese war in der Botschaft des Bundesrates (also in meinem Departement) nicht vorgesehen. Im politischen Prozess befasste sich niemand mit diesem Aspekt der Reform.

Dabei durchlief sie ja weiss Gott alle Instanzen: Steuerverwaltung als Projektstelle, Vernehmlassung, Bundesrat, Wirtschaftskommissionen der beiden Räte, Plenum der beiden Räte, Abstimmungskampagne (Arena usw.) mit Gegenkomitee (v. a. aus Kreisen der SP), Abstimmungsbüchlein und Medien.

Ich versichere Ihnen, das Parlament nie getäuscht oder gar belogen zu haben. Es war vielmehr ein Aspekt, der nicht genügend thematisiert wurde.



Alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz: «Ich versichere Ihnen, das Parlament nie getäuscht oder gar belogen zu haben.»

Ob bei einer Vertiefung die Abstimmung verloren gegangen wäre, ist schwer zu sagen.

### Verschiedene Arten von Einnahmeausfällen

Warum wären wir nicht in der Lage gewesen, verlässliche Zahlen zu liefern? Der Grund ist, dass es mehrere Arten von Einnahmeausfällen bei Steuerreformen gibt.

1. Am einfachsten sind jene Ausfälle zu beziffern, wo Steuersubjekt und Abzug klar sind, also beim Ehepaar-Abzug (Anzahl Ehepaare mal 2500 Franken) oder beim Kinderabzug. Beide Abzüge wurden kürzlich auf meine Initiative eingeführt; sie haben Ausfälle von jährlich 1,3 Mrd. zur Folge.

2. Schon schwieriger sind Einnahmeausfälle zu berechnen, wenn die Steuersubjekte zuerst einen Entscheid treffen müssen. Das ist z. B. beim Zweiverdiener-Abzug der Fall, wo sich das Ehepaar schlüssig werden muss, ob und wie viel beide arbeiten.

3. Noch schwieriger wird es, wo die Steuersubjekte nicht bekannt sind, wie eben hier bei der Kapitaleinlage-Steuerung. Es gibt kein Register über Agios, diese sind nicht meldepflichtig.

4. Vollends interessant ist der Fall, wo eine Steuersenkung zu Mehreinnahmen statt Mindereinnahmen führt. So geschehen bei der Senkung der Kapitalgewinnsteuer in der Unternehmens-Steuerreform I, wo nach sechs Jahren die Steuereinnahmen der juristischen Personen über 30 Prozent ge-

stiegen sind. Die Reform hat sich also für die Staatskasse gelohnt.

### Mehreinnahmen dank neuen Unternehmen

Ich erwarte bei der Agiobesteuerung einen ähnlichen Effekt, da sich Unternehmen dank der USR II bei uns neu ansiedeln. In über 100 Fällen geschah dies bereits. Unter dem Strich wird es aber Ausfälle geben, wenn auch bei weitem nicht in den astronomischen Grössen, die teilweise in den Medien verbreitet werden. Das EFD spricht per 2012 von bis zu 800 Mio. Franken. Nach meiner Einschätzung ist dieser Betrag indessen klar zu hoch.

Wir stellen heute fest: die Revision ist seit 2010 in Kraft. Die Staatsrechnung 2011 schloss statt mit einem Defizit von 0,6 Mrd. Franken mit einem Überschuss von 1,6 Mrd. Franken ab. Ähnlich sieht es dieses Jahr aus. Das Finanzdepartement kündigt am 30. Oktober 2012 wiederum einen Überschuss von 1,4 Mrd. Franken statt einer ausgeglichenen Rechnung an. Ausgerechnet die mit Agios eng verbundene Verrechnungssteuer wird Mehreinnahmen bringen. Wo sind denn jetzt die behaupteten Milliardenausfälle?

### Schlussbemerkungen

Sodann gestatte ich mir, noch zwei Bemerkungen zur Steuerpolitik der letzten Jahre beizufügen: Die erste ist, dass während meiner Amtszeit Steuererleichterungen für Familien, Ehepaare und der Ausgleich der kalten Progression von rund 1,6 Mrd. Franken jährlich und unbefristet beschlossen wurden, und die zweite, dass während diesen sieben Jahre die Schulden des Bundes um 23 Mrd. Franken abgebaut wurden. Damit fand ein erheblicher Abbau der Schuldzinsen statt, und das Geld kann anderswo eingesetzt werden.

Agrarpolitik 2014–2017

# Der BMI-Faktor für die Landwirtschaft

Mit der Agrarpolitik 2014–2017 sollen rund 3,5 Milliarden Franken pro Jahr für die Landwirtschaft ausgegeben werden. Ungefähr gleich viel wie bisher, bei abnehmender Zahl Betriebe und Beschäftigte. So lange es unserer übrigen Wirtschaft gut geht, können und sollen wir uns diese grossen Beträge leisten.

## Pankraz Freitag, Ständerat, GL

Der Agrarsektor braucht Sicherheit und Unterstützung für eine schwierige Zukunft. Er muss sich aber schrittweise weiterentwickeln und öffnen, statt sich abschotten. Das messe ich konkret mit meinem BMI-Faktor für die Landwirtschaft.

## B: Bergbauern stützen und stärken

Unsere Bergbäuerinnen und Bergbauern verdienen im Schnitt deutlich weniger als Talbauern und Talbäuerinnen, obschon sie grosse Leistungen zum Beispiel bei der Kulturlandpflege und der Biodiversität erbringen. Ich bin überzeugt, dass unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereit sind, die Landwirtschaft weiterhin zu unterstützen. Sie denken dabei aber meistens an Bergbauern und nicht an Mähdrescher im Mittelland.

Neue Betriebsformen sind wohl auch in der Berglandwirtschaft nötig. Der traditionelle Familienbetrieb mit der täglichen Verpflichtung im Stall wird teilweise grösseren Betriebsformen Platz machen. Sonst findet man nicht mehr genügend Leute. Ohne starke Unterstützung werden unsere Bergbauern aber so oder so nicht überleben. Das hätte insbesondere gravierende Folgen für die Kulturlandschaft, für die Naturfahrsituation und für den Tourismus.

## M: Marktorientierung fördern

Global gesehen sind die Grenzen geöffnet für Industrieprodukte. Also da, wo die entwickelten Länder stark sind. Bei Agrarprodukten, wo Schwellen- und Entwicklungsländer stark sind, gibt es hohe Subventionen und Schutzzölle oder sogar Schutzmauern. Die aufstrebenden Länder sind für unsere

übrige Wirtschaft zunehmend wichtig. Wenn unsere Unternehmen diese Märkte weiter ausbauen wollen, werden wir um Zugeständnisse bei der Landwirtschaft nicht herumkommen. Und unsere Landwirtschaft ist auf eine florierende Schweiz angewiesen. Wie wir aus anderen Sektoren wissen, kann man Anpassungsprozesse bis zu einem gewissen Grad hinausschieben. Die nötigen Änderungen kommen spä-

ter aber umso härter. Dazu kommt, dass viele Konsumentinnen und Konsumenten die Abschottung nicht mehr akzeptieren. Sie kaufen für Milliardenbeträge im Ausland ein. Allein Fleisch für eine Milliarde Franken.

Die Landwirtschaft muss sich, um ihre Zukunft zu sichern, stärker am Markt orientieren. Abgestimmt mit dem Ausland, aber auch dann, wenn es schmerzt.



Auch Bergbauern müssen sich mit Innovationskraft den neuen Bedingungen anpassen – dann werden die Schweizerinnen und Schweizer auch weiterhin bereit sein, die Landwirtschaft zu unterstützen.



«Wir wollen einen Innovationspreis der Schweizer Landwirtschaft», Ständerat Pankraz Freitag.

## I: Innovationen belohnen

Landwirtschaftsprodukte des Hochpreislandes Schweiz haben im Markt nur eine Chance, wenn Qualität und Innovation höhere Preise rechtfertigen. Das gilt für andere Branchen genauso. So gibt es zum Beispiel auch im Nahrungsmittelmarkt erfolgreiche Premiumprodukte. Und es wären mehr davon möglich.

Das Landwirtschaftsgesetz enthält Bestimmungen zur Förderung von Qualität und Innovation durch den Bund. Es braucht aber mehr. Die Innovation muss im Bewusstsein der Landwirtschaft und der Kundschaft ein grösseres Gewicht erhalten. Zu diesem Zweck habe ich begonnen, die Idee eines wettbewerbsorientierten Innovationspreises der Schweizer Landwirtschaft auszuloten. Jährlich würde ein Preis ausgesetzt und – mit entsprechender Medienbegleitung – eine Siegerin oder ein Sieger ausgezeichnet. Die Innovation bekäme jedes Jahr ein (neues) Gesicht. Erste informelle Gespräche mit unterschiedlichen Organisationen zeigen: Das Interesse ist gross.



Innovationspark

# Eine Investition in die Innovationskraft der Zukunft

In der Wintersession wurde von National- und Ständerat das Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz (FIFG) zu Ende beraten und verabschiedet. Dieses Gesetz ermöglicht es dem Bund, die Schaffung eines Schweizerischen Innovationsparkes zu unterstützen. Die Verabschiedung der Vorlage ist ein grosser Erfolg für die FDP, wurde doch im April 2006 an der DV in Glarus einstimmig beschlossen, die gesetzlichen Grundlagen für einen Innovationspark zu schaffen.

## Ruedi Noser, Nationalrat

Mit der Motion 07.3582 zur «Einrichtung eines Parc d'innovation suisse» wurde das Anliegen im Parlament eingebracht. Sechs Jahre nach dem Startschuss in Glarus konnte nun das entsprechende Bundesgesetz verabschiedet werden.

### Forschungspartnerschaft zwischen Hochschulen und Industrie

Die Schweizer Universitäten, Fachhochschulen und der ETH-Bereich mit EMPA und PSI geniessen einen hervorragenden Ruf als Forschungspartner der Industrie. Viele Unternehmen forschen und entwickeln gemeinsam mit den Schweizer Hochschulen. Unter ihnen sind auch zahlreiche Firmen aus dem Ausland. Mit einem Innovationspark sollen diese Forschungspartner dazu motiviert werden, ihre Forschungsabteilungen in die Schweiz zu verlagern und damit private Forschungsgelder anzuziehen. Es geht dabei insbesondere um grössere Forschungseinheiten, die angezogen werden sollen. Also Einheiten, die Platz brauchen. Deshalb braucht es geeignete Flächen in der Schweiz, die für Innovation reserviert sind. Das können zusammenhängende Parzellen sein, auf der sich mehrere Firmen niederlassen können oder auch einfach einzelne Flächen. Die verschiedenen Standorte müssen geografisch jedoch eng und stark mit den Hochschulen vernetzt sein, so dass ein Austausch zwischen der öffentlichen und privaten Forschung stattfinden kann. Es soll eine Art Campus geschaffen werden, in dem sich Unternehmen in



«Wer auch immer einen Standort für anspruchsvolle Forschungstätigkeit sucht, der Weg führt in die Schweiz», Nationalrat Ruedi Noser.

der unmittelbaren Nähe der Forschungsstätten von Hochschulen ansiedeln können. Gleichzeitig sollen mit diesem Konzept mehr private Forschungsmittel in die Schweiz geholt werden.

### Speziell für die Innovation reservierte Flächen

Die einzige staatliche Unterstützung für einen Innovationspark besteht in der Bereitstellung von speziell für die Innovation reservierten Flächen. Ansonsten soll dieser ohne öffentliche Gelder auskommen. Die Parzellen werden erst vergeben, wenn sich passende Firmen mit ihren Forschungsabteilungen in der Schweiz niederlassen wollen. Das Land soll dabei unter marktgerechten Bedingungen und ohne Vorzugsbehandlung vergeben werden. Man kann also sagen, die ein-

zige Subvention, die ein Innovationspark vom Staat verlangt, ist etwas Geduld.

### Koordination zwischen verschiedenen Standorten ist zentral

Mit dem Flugplatz Dübendorf verfügt der Bund über ein hervorragend geeignetes Gelände. Von der gesamthaft sehr grossen Fläche sollen zirka 500 000 m<sup>2</sup>, was ungefähr 45 Fussballfeldern entspricht, für innovative Zwecke aber auch urbane Nutzung erschlossen werden. Mit der urbanen Nutzung sollen die notwendigen Mittel generiert werden, um weitere Innovationsflächen in der Schweiz zu kaufen. Zur Diskussion stehen aktuell Parzellen, die in der Nähe der EPFL,

den Universitäten und Fachhochschulen in Bern und Biel sowie in der Umgebung von weiteren Schweizer Hochschulen liegen. Der Innovationspark als solcher kann also an mehreren Orten entstehen. Entscheidend ist, dass nur eine Organisation aufgebaut wird, die die Koordination zwischen den verschiedenen Standorten übernimmt.

Mit einem Innovationspark Schweiz soll eine klare Botschaft in die Welt hinausgesendet werden: Wer auch immer einen Standort für anspruchsvolle Forschungstätigkeit sucht, die Schweiz ist der Ort, wo man hinmuss. Wir bieten Platz und Know-how.

Das ist unsere Investition in die Innovationskraft der Zukunft.



Endlich soll die FDP-Forderung nach der Schaffung eines Innovationsparks umgesetzt werden.

JA zum Gegenvorschlag am 3. März 2013

# Minder-Initiative schiesst übers Ziel hinaus

Wie können wir verhindern, dass Manager sich mit unangemessenen Boni auf Kosten der Eigentümer eines Unternehmens bereichern? Die FDP sagt Nein zur radikalen «Abzocker-Initiative» und damit Ja zum liberalen, vernünftigen und sofort umsetzbaren Gegenvorschlag.

Die FDP setzt sich für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz ein. Arbeitsplätze werden von innovativen und selbständigen Unternehmen geschaffen. Diese Unternehmen brauchen die Freiheit, sich individuell den Bedingungen des Marktes anpassen zu können. Dazu gehört auch eine massgeschneiderte Organisation sowie die Vergütungspolitik. Leider haben sich nun aber in gewissen Unternehmen Manager masslos selbst bedient. Solche Boni-Exzesse auf Kosten der Eigentümer gilt es zu verhindern.

Thomas Minder will nun mit seiner Initiative alle börsenkotierten Unternehmen in ein starres Regelkorsett zwingen. Sein Anliegen mag ein redliches sein, doch sein Vorschlag nimmt den Unternehmen wichtige Freiheiten. Das schwächt diese Firmen, denn es schränkt deren Anpassungsfähigkeit auf dem Markt empfindlich ein. Damit werden nicht nur Unternehmen, sondern auch ihre Eigentümer, also die Aktionäre, entmündigt. Wir hingegen wollen die Eigentümer stärken. Der vom Parlament beschlossene indirekte Gegenvorschlag verhindert Boni-Exzesse, indem er den Aktionären wichtige Rechte zuspricht und ihre Eigenverantwortung stärkt.

### Überlegenheit des Gegenvorschlages

Der indirekte Gegenvorschlag ist um einiges liberaler als der Initiativtext. Thomas Minder zwingt die Aktionäre in ein Korsett, welches ihnen zu viele und zu strenge Regeln aufbürdet. Die zwingende jährliche Abstimmung über die Löhne der Geschäftsleitung ist nur ein Beispiel für unpraktikable Verpflichtungen. Beim indirekten Gegenvorschlag entscheiden die Aktionäre selber, inwiefern sie die Vergütung der Geschäftsleitung verabschieden wollen. Diese Lösung nimmt die Aktionäre als mündige Eigentümer ernst. Wird die Minder-Initiative abgelehnt, tritt der Gegenvorschlag sofort in Kraft. Bei einem Ja zur Initiative hingegen werden noch einmal viele Jahre mit Verhandlungen, Gesetzearbeitungen usw. vergehen, bis die Massnahmen umgesetzt werden können.

### Mehr Möglichkeiten, übertriebene Boni zurückzuverlangen

Der indirekte Gegenvorschlag ermöglicht den Aktionären, rückwirkend übertriebene Boni vom Verwaltungsrat oder der Geschäftsleitung zurückzufordern. Manager haben so weniger

Anreize, für hohe Boni kurzfristig hohe Gewinne zu erwirtschaften, die längerfristig zu Verlusten im Unternehmen führen. Minder verzichtet in seiner Initiative hingegen völlig auf eine solche Regelung.

### Kein Stimmzwang für Pensionskassen

Die vorgesehene Stimmpflicht für Pensionskassen ist nicht praktikabel. Denn wie soll eine Pensionskasse im Unternehmen aktiv mitbestimmen können, wenn die Interessen der Versicherten auseinanderdriften oder unklar sind? Pensionskassen selbst hüten sich aus diesem Grund vor einer aktiven Mitbestimmung und stehen für den indirekten Gegenvorschlag ein. Auch die Stiftung Ethos setzt sich für den indirekten Gegenvorschlag und gegen die Minder-Initiative ein (s. Kasten).

### Keine Kriminalisierung der Chefetage

Die Minder-Initiative lässt den Staat Polizist in privaten Unternehmen spielen: Führungskräften sollen demnach Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren oder Bussen in der Höhe von maximal sechs Jahresgehältern drohen, wenn sie die Bestimmungen der Initiative nicht umsetzen. Diese Kriminalisierung der Unternehmensleitung ist übertrieben und schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Auch die Chefs von Pensionskassen würden wegen der Stimmpflicht der Pensionskassen kriminalisiert.

### Eine liberale und wirksame Lösung

Lohnexzesse einzelner Manager in der Vergangenheit haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Privatwirtschaft geschwächt. Diese Manager haben sich auf Kosten der Aktionäre bereichert. Diese konnten sich wegen



«Der indirekte Gegenvorschlag nimmt die Aktionäre als mündige Eigentümer ernst», Nationalrat Andrea Caroni.

mangelnder gesetzlicher Grundlage aber nicht dagegen wehren. Die FDP bekämpft mit dem indirekten Gegenvorschlag diese Exzesse effizient. Die FDP stärkt nämlich die Aktionärsrechte. Denn die Eigentümer haben ein ureigenes Interesse daran, zu verhindern, dass sich Manager auf ihre Kosten selbst bedienen. Die Minder-Initiative hingegen schiesst übers Ziel hinaus, indem sie die Eigentümer mit starren Regelungen einschnürt. Sagen wir deshalb Nein zur Minder-Initiative und sagen damit Ja zum indirekten Gegenvorschlag.

Ethos ist eine Stiftung für nachhaltige Entwicklung. Sie berät und vertritt insbesondere Pensionskassen bei Investitionen oder bei der Stimmrechtsausübung an Generalversammlungen. Auch Privatpersonen können ihr Stimmrecht an Ethos abtreten. Ethos setzt sich gegen die Minder-Initiative ein. Für sie war die Minder-Initiative ein «wichtiger Wegbereiter», der indirekte Gegenvorschlag stellt aber den «Königsweg für mehr Aktionärsdemokratie» dar.



Eine wirkliche Stärkung der Aktionärsrechte wird nur mit einem Nein zur Minder-Initiative und damit einem Ja zum indirekten Gegenvorschlag erreicht.



## Sicherheitspolitik

# Die Augen nicht verschliessen

1984 belegte die Schweiz noch den letzten Platz der europäischen Kriminalitätsstatistik. Heute liegt sie knapp über dem europäischen Schnitt. Es ist Zeit zu handeln, damit wir in der Schweiz sicher leben können. *FDP.Die Liberalen* hat Lösungen und stellt Forderungen – ohne die Schweiz zu einem Polizeistaat zu machen oder Generalverdachtsvermutungen auszusprechen.

## Kurt Fluri, Nationalrat

Seien es Pöbeleien in öffentlichen Verkehrsmitteln, die Jugendgewalt, der Drogenhandel in den Städten, Diebstähle und Einbrüche oder einfach das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung – die Schweiz wird ihrem Ruf als Vorbild der Sicherheitspolitik heute nicht mehr gerecht.

Wir wollen diesen Zustand nicht länger hinnehmen, sondern wir wollen handeln!

## Den heutigen Anforderungen anpassen

Dabei geht es nicht darum, Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht zu stellen oder die Schweiz zu einer Hochburg der Überwachung zu machen. Doch wer in der Schweiz lebt, soll sich sicher fühlen. Es ist die Aufgabe der Politik, dafür die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Leider werden diese Rahmenbedingungen in der Schweiz den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Besonders in diesen Bereichen gilt es für Verbesserungen zu sorgen:

1. Wiederholungstäter: In der Schweiz gilt nur als Wiederholungstäter, wer zweimal ein schweres und fast identisches Verbrechen begangen

## «Neben der objektiven Sicherheit hat aber im Bewusstsein der Bevölkerung vor allem die subjektive Sicherheit abgenommen.»

hat. Ein Täter, der beispielsweise einmal einen Raub und einmal eine Körperverletzung begeht, fällt nicht unter diese Bezeichnung.

2. Verfahrensdauer für Kleinkriminelle oder In-flagranti-Delikte: Zwischen der Anklage und dem Strafan-



Gerade im Grenznahen Raum haben Delikte wie Einbruch zugenommen – dagegen muss vorgegangen werden. Auch mit mehr Polizisten.

tritt vergehen sechs bis acht Monate. So sind die Strafen weder für den Delinquenten noch für die Bevölkerung nachvollziehbar.

3. Mehr Polizisten: Die Schweiz hat lediglich 16 000 Polizisten für 8 Mil-

lingstens 18 Gramm Kokain spricht man von einem schwerwiegenden Fall. Was im ersten Moment gering klingt, entspricht einem Umfang von 80 Portionen für den Verkauf. Kaum ein Dealer läuft mit so vielen Portionen auf der Strasse rum.

## Mit Vernunft und Pragmatismus

Die FDP hält dieser Entwicklung mit vernünftigen und pragmatischen Lösungen entgegen. Mitte Oktober stellen wir unsere Forderungen und die bereits lancierten politischen Vorstösse vor. Wir fordern:

1. Eine neue, besser passende Definition von Wiederholungstätern.

2. Beschleunigte und einfachere Verfahren bei Kleindelikten und In-flagranti-Delikten.

3. Eine Erhöhung der Mittel für den gesamten Justizapparat.

4. Die Umsetzung unserer FDP-Motion gegen die Geldstrafe: «Geldstrafe. Abschaffung oder Subsidiarisation».

5. Höhere und abschreckende Strafen für Drogenhändler, und zwar unabhängig von der Menge und der Tatsache, ob die Ware in der Öffentlichkeit oder in privaten Räumen verkauft wird.

Bereits sind verschiedene Vorstösse unserer Parlamentarier hängig. Wir werden weiter arbeiten, um dieses Problem in den Griff zu bekommen – aus Liebe zur Schweiz.

Interview auf Seite 20

# «Ich fühle mich sicher in der Schweiz»

*Herr Fluri, ist die Schweiz ein Paradies für Verbrecher?*

Man kann sicher nicht sagen, dass die Schweiz ein Paradies für Verbrecher ist. Aber statistisch kann man nachweisen, dass gewisse Delikt-Arten, wie Einbrüche, Autoaufbrüche oder Delikte gegen die körperliche Integrität, sprunghaft zugenommen haben. Dies vor allem in grenznahen Gebieten, beispielsweise in der Westschweiz. Neben der objektiven Sicherheit hat aber im Bewusstsein der Bevölkerung vor allem die subjektive Sicherheit abgenommen. Die Leute haben das Gefühl, es sei schlechter, als es wahrscheinlich ist. Man vermisst den Rechtsstaat und die Polizeipräsenz.

*Ist in grenznahen Gebieten der Kriminalitätstourismus wirklich ein Problem?*

Dies ist vor allem in der Westschweiz, in den Kantonen Waadt und Genf, ein Problem. Die Grenze ist immer nah, und das Gebiet ist gut erschlossen. Beides führt dazu, dass Kriminelle nach einem Einbruch in 10 Minuten wieder in Frankreich sind.

*Funktioniert die Zusammenarbeit mit der französischen Polizei zur Aufklärung von solchen Delikten?*

Was ich von den Genfer Kollegen gehört habe, funktioniert es nicht schlecht. Trotzdem handelt es sich immer um die Übergabe eines Falles.

## «Polizeipräsenz wirkt präventiv.»

Die Fallbearbeitung erfolgt nicht nur durch eine Instanz, sondern die betreffende Kantonspolizei und die Gendarmerie von Frankreich müssen sich absprechen. Es sind unterschiedliche Zuständigkeiten. Die Grenze ist kein Problem, aber ein Hindernis.

*Aber man hört immer wieder, die Schweizer Gefängnisse seien überfüllt. Also werden zu viele Personen weggesperrt?*

Mit der Zunahme der Kriminalität steigt natürlich auch die Zunahme der

Verurteilungen. Mein Kanton z. B. plant im Nordwestschweizer Konkordat den Bau eines neuen Gefängnisses. Man wird nicht darum herumkommen, die Kapazität zu erhöhen.

*Alternativen gäbe es mittels der elektronischen Fussfessel. Sehen Sie das als Lösung?*

Das wäre eine Lösung. Ich selber habe vor fünf bis sechs Jahren eine Motion eingereicht, dass man das Sanktionensystem um die elektronische Fussfessel ergänzen sollte. Damals lehnte der Bundesrat die Motion noch ab. Nun schlägt er diese Massnahme aber offenbar im neuen Sanktionenrecht vor, welches demnächst vor das Parlament kommt. Die Fussfessel ist aus meiner Sicht ein sehr gutes Mittel. Einerseits bei kürzeren Strafen, andererseits bei längeren Strafen, um den Übergang in die Entlassung vorzubereiten. Wenn jemand nach ein paar Jahren einfach von einem Tag auf den anderen entlassen wird, findet sich diese Person oftmals in der Freiheit nicht zurecht. Wenn man diesen Prozess, durch den Einsatz der Fussfessel, auf ein halbes Jahr strecken könnte, wäre das eine Erleichterung im Vollzug.

*Allerdings gab es in diesem Jahr in Basel einen Fall, in welchem ein Täter, der eine Fussfessel trug, trotzdem Delikte beging.*

Eine Fussfessel heisst ja nicht, dass

man in der Wohnung angebunden ist. Wer aber gegen die Auflagen verstösst, dem droht die Sanktion, dass er wieder ins Gefängnis muss. Eine gewisse Einschätzung der Rückfallgefahr muss man vornehmen. Einen Gemeingefährlichen oder Rückfallgefährdeten würde man nicht in die Freiheit der Fussfessel entlassen können, sondern nur jemanden, der effektiv auf die Resozialisierung anspricht.

*Die FDP fordert mehr Polizisten.*

*Reichen tatsächlich mehr Polizisten*



Nationalrat Kurt Fluri.

*auf der Strasse, oder müssen wir an unserem Wertesystem arbeiten?*

Es braucht immer eine Kombination von Varianten. So brauchen wir eine Änderung des Sanktionensystems, eine Kapazitätserhöhung der Gefängnisse und zusätzlich auch eine verbesserte Wertevermittlung. Hier ist die Gesellschaft aufgerufen zu reagieren, nicht nur der Staat. Es ist eine traurige Tatsache, dass in vielen Familien den Kindern die Wertestrukturen nicht mehr vermittelt werden. Der Staat kann nur begrenzt über die Schule eingreifen, denn die Erziehungshoheit liegt bei den Eltern.

Ein weiteres Element ist die Polizeipräsenz. Wir wissen, dass wir eine relativ tiefe Polizeidichte haben. Man kann die Zahlen zum Beispiel mit New York oder mit Belgien vergleichen. Belgien hat massiv viel mehr Polizisten, bei einer vergleichbaren Grösse und ähnlich hoher Bevölkerungszahl. Es ist erwiesen, dass Polizeipräsenz die subjektive Sicherheit erhöht und präventiv wirkt.

*Sind denn mehr Polizisten verfügbar?*

Zurzeit ist es sehr schwer, Polizisten zu finden, die man ausbilden kann. Sei das in körperlicher, in charakterlicher Hinsicht oder von den Lohnbedingungen her. Der Arbeitsmarkt ist aktuell

nicht gut, um gute Polizisten zu finden. Dazu kommt noch die Konkurrenz der privaten Sicherheitsfirmen.

*Was halten Sie von der Idee, Ausländer zu Polizisten auszubilden?*

Dem stehe ich positiv gegenüber. In Städten und Agglomerationen scheint es mir vorteilhaft, wenn die Polizeiangehörigen aus dem gleichen Gebiet und Kulturbereich wie beispielsweise Drogendealer stammen. Das könnte vom Sprachverständnis und einer gewissen nationalen Nähe zur Täterschaft durchaus positive Auswirkungen haben. Wenn die Interessenten die übrigen Berufsausübungsvoraussetzungen erfüllen, braucht ein Polizist von mir aus nicht unbedingt das Schweizer Bürgerrecht. Ich meine, wir lassen auch ausländische Ärzte in unseren Bäumen rumoperieren, ohne dass diese Schweizer Bürger sind.

*Fühlen Sie sich sicher in der Schweiz?*

Ja. Aber es ist ein Unterschied, ob man körperlich einigermassen fit ist oder ob man älter ist und das Gefühl hat, man sei beispielsweise am Abend im Bahnhof ausgeliefert. Das hängt ab von der persönlichen körperlichen Verfassung und vielleicht auch von der Mentalität. Ich persönlich fühle mich sicher, aber ich verschliesse die Augen nicht vor den geänderten Verhältnissen.



# Sich den Herausforderungen stellen

Diesen Herbst standen für Bundesrat Johann Schneider-Ammann Besuche in Tokio und Malaysia auf dem Programm. Unser Wirtschafts- und zukünftig auch Bildungsminister nutzte die Reisen, um den Werk- und Bildungsplatz Schweiz voranzubringen.

## Liebe Freisinnige

Wir leben in spannenden, aber auch schwierigen und herausfordernden Zeiten – das haben mir zwei Auslandreisen diesen Herbst eindrucksvoll bestätigt.

Meine erste Reise Mitte Oktober führte mich nach Tokio an die Herbsttagung der Weltbank. Der Anlass war geprägt vom Ringen der Weltgemeinschaft nach Auswegen aus aktuellen (im Euroraum) und schwelenden Krisen (Konjunktur in weiten Teilen der Welt).

## Kein Platz für Selbstzufriedenheit

Als Vertreter der Schweiz wurde mir durch Gespräche mit Amtskollegen noch stärker als üblich bewusst, wie verhältnismässig gut es unserem Land wirtschaftlich weiterhin geht. So schütteln die Europäischen Wirtschaftsminister ungläubig den Kopf, wenn ich ihnen die Schweizer Arbeitslosenquote von derzeit 2,9 Prozent nenne. In Spanien beispielsweise ist mehr als jeder zweite Jugendliche ohne Job – eine schreckliche Entwicklung.

Doch die Freude über die robuste Wirtschaft in der Schweiz darf auf keinen Fall der Selbstzufriedenheit Platz machen. Eine Analogie zum Sport zeigt, dass es einfacher ist, an die Spitze zu gelangen, als sich dort zu halten. Um auch in Zukunft ganz oben zu stehen, müssen wir uns enorm anstrengen. Administrative Entlastung, tiefe Produktionskosten und bezahlbare Energiepreise: Wie die FDP habe ich mir den unermüdlichen Einsatz für die Standortqualität auf die Fahne geschrieben.

## Wege in die Zukunft

Wenige Tage nach unserer Rückkehr bestiegen wir wieder das Flugzeug – Singapur und Malaysia hiessen dieses Mal die Ziele. Doch nicht Wege aus



Bundesrat Johann Schneider-Ammann mit dem singapurischen Präsidenten Tony Tan.

QUELLE: EVD

der Krise, sondern Wege in die Zukunft standen im Mittelpunkt: In Kuala Lumpur fand die Unterzeichnung eines Rahmendokuments für Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Malaysia statt.

Für unsere Industrie ist die Öffnung der boomenden Märkte Asiens und Amerikas von zentraler Bedeutung – erst recht angesichts der verhaltenen wirtschaftlichen Aussichten in Europa. Die wirtschaftliche Dynamik, die etwa in Malaysia herrscht, ist beeindruckend. Schwierigkeiten in einzelnen Betrieben zeigen jedoch, dass auch in Südostasien der Wachstumsmotor nicht mehr so rund läuft wie auch schon.

Doch lassen wir uns nicht täuschen: Die wirtschaftliche Gewichtsverschiebung weg von der «alten Welt» findet

statt – und ihr Ende ist nicht absehbar. Während gewisse Länder in den aufstrebenden Märkten jährliche BIP-Zuwachsraten von vier bis acht Prozent aufweisen, dümpeln die westlichen Industrienationen dahin.

## Der Schweizer Wirtschaft die Tore zur Welt öffnen

Diese Entwicklung schlägt sich auch in Verhandlungen für Freihandelsabkommen nieder, die schwieriger und härter geworden sind. Abschrecken lassen wir uns davon nicht – im Gegenteil: Mit Überzeugung setzen wir uns dafür ein, der Schweizer Wirtschaft und ihren Arbeitsplätzen die Tore zur Welt zu öffnen.

Zentral für eine weiterhin positive Entwicklung unseres Landes ist gerade angesichts des Aufstiegs anderer Weltregionen eine exzellente Bildung

und damit zusammenhängend eine Perspektive für jeden und jede in unserem Land. Ich freue mich deshalb sehr auf meine zusätzliche Aufgabe als Bildungsminister – per 1. Januar 2013 wird der gesamte Bildungs-, Forschungs- und Innovationsbereich in meinem Departement zusammengelgt.

Schon vor dem Start des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) führte ich deshalb im Fernen Osten intensive Gespräche mit den für diese Fragen zuständigen Ministern. Das ermöglichte wertvolle Einblicke und Erfahrungen, die ich bald in meine neue Tätigkeit einbringen kann.

**Mit liberalen Grüssen**  
**Johann N. Schneider-Ammann,**  
**Bundesrat**

Starker Nachwuchs

# Warum gehen Junge noch zur FDP?

Im vergangenen Herbst fanden die eidgenössischen Wahlen statt. Der Freisinn trat an, kämpfte und verlor – schon wieder. Die Tendenz zeigte national 2011 weiterhin abwärts. Kantonal gibt es aber Grund zur Hoffnung: Total gewann der Freisinn 2012 vier Sitze und ist mit 554 Volksvertretern wieder die erfolgreichste Partei – nicht zuletzt dank starkem Nachwuchs.

### Alain Illi, Vizepräsident Jungfreisinnige Schweiz

Mit jedem Sitz, den die FDP verliert, akzentuiert sich eine Frage: Warum gehen Junge noch zur FDP? Eine Antwort gehört ins Rhetorikrepertoire jedes Jungfreisinnigen. Denn fest steht: Niemand gehört gerne zu den Verlierern. Darum haben die Jungfreisinnigen im vergangenen Jahr die Ärmel hochgekrempt und angepackt. Bei allen kantonalen Wahlen ist der Nachwuchs mit einem soliden bürgerlichen Programm angetreten – mal auf der FDP-Liste wie im Aargau, mal mit einer eigenen Liste wie in Schaffhausen.

### Das Resultat lässt sich in allen Kantonen sehen

Die Aargauer Jungfreisinnigen konnten ihre Sitzzahl verdoppeln. Damit verhalfen sie der FDP zum Sieg und wurden zur stärksten Jungpartei im Kanton. Das ist kein Zufall. Die JF Aargau haben im Rat geradlinig politisiert und ihre Politik in die Öffentlichkeit getragen. Den Höhepunkt bildet die zu Stande gekommene Volksinitiative mit über 3400 Unterschriften. Das war ein hartes Stück Arbeit auf der Strasse beim Volk. «Unsere konsequent liberale und bürgerliche Politik wird vom Stimmbürger honoriert», bringt es der Präsident Yatin L. Shah auf den Punkt.

In St. Gallen und im Wallis haben die Jungfreisinnigen bei den kommunalen Wahlen gewonnen. Im Wallis wurden sensationelle 35 von 39 Kandidaten der Jungen gewählt. Vorangegangen war die engagierte Nationalratskampagne von Philippe Nantermod, der es verstand, das Feuer zu entfachen. Zwar hat er den Sprung in den Nationalrat vorerst nicht geschafft, aber er lauert auf dem ersten Ersatzplatz.



Unterschriftensammlungen sind ein gutes Mittel, um mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten.

In Schaffhausen verlor die FDP bei den Kantonsratswahlen einen Viertel der Sitze. Nichtsdestotrotz konnten die Jungfreisinnigen mit eigenen Listen prozentual zulegen und ihren zweiten Sitz stabilisieren. Das ist aus freisinni-



Wildplakatierung schafft Aufmerksamkeit.

ger Sicht zwar ein schwacher Trost, trotzdem ist auch hier der Erfolg der Jungen hervorzuheben. Er entspringt der geradlinig bürgerlich-liberalen Politik und viel Einsatz. Ein Beispiel dafür ist die eingereichte Volksinitiative «Steuern runter». Die Wahlslogans «Für Büezer statt Blender» und «Sparen statt Konkursverfahren» brachten die Politik der JF Schaffhausen auf den Punkt und provozierten die Classe politique.

In Luzern lancierten die Jungfreisinnigen eine Volksinitiative zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Damit verhalfen sie der FDP zum Sieg bei den Stadtratswahlen. Die Zürcher und die Bündner reichten ebenfalls je eine Initiative ein, um juristische Personen von der Kirchensteuer zu befreien.

Das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn das ausklingende Jahr war voller Erfolge für die Jungfreisinnigen. Vor diesem Hintergrund wirkt die Einstiegsfrage fast schon zynisch: Warum gehen Junge noch zur FDP? Der Freisinn spürt zwar da und dort die Nachwehen der verlustreichen Jahre noch, aber gerade die Jungen beweisen, dass bürgerlich-liberale Politik attraktiv ist und die Wähler überzeugt. Der Nachwuchs geht die Themen vermutlich einfach mutiger, geradliniger und verständlicher an, was das Volk honoriert. Die neue FDP-Spitze politisiert ähnlich und arbeitet darum eng mit den Jungfreisinnigen zusammen. Es wird versucht, Lehren aus dem Erfolg der Emporkömmlinge zu ziehen. Dieses Miteinander stärkt den Freisinn. An gemeinsamen Sitzungen wird die Politik gegenseitig konstruktiv kritisiert. Diese Arbeit muss weitergeführt werden. Dann wird sich die Einstiegsfrage schon sehr bald erübrigen und die FDP zur alten Stärke finden.



Fröhliche Weihnachten

# Ein bewegtes Jahr

Im April trat Philipp Müller die Nachfolge von Fulvio Pelli als Präsident der *FDP.Die Liberalen Schweiz* an. Seit seinem Amtsantritt ist er dauernd unterwegs und ein Fan des öffentlichen Verkehrs geworden – auch aus Gründen der Mitgliedergewinnung.



## Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen

Die Weihnachtszeit ist gemeinhin eine Zeit der Besinnung und der Beschaulichkeit. Man kommt zur Ruhe und philosophiert über die vergangenen Monate. Doch wer mich kennt, weiss, dass mir Ruhe und Beschaulichkeit nicht sonderlich liegen.

## Unzählige Besuche in Ortsparteien

In den letzten Monaten habe ich zahlreiche Ortssektionen und Kantonssektionen besucht. Ich sprach mit vielen Mitgliedern und habe unzählige Fragen beantwortet. Und

dabei ist mir aufgefallen, dass Sie, liebe FDPler und FDPlerinnen, im Normalfall auch keine Freunde von Ruhe und Beschaulichkeit sind. Ich spüre Ihre Motivation, Ihr Engagement und Ihre Freude, zu politisieren und sich einzusetzen. Es motiviert mich sehr, mit Ihnen zusammen die FDP und unser Land weiter voranzubringen. Gemeinsam reisen wir am Karren.

## Grosse Herausforderungen – wir packen sie an

Wir stehen vor grossen Herausforderungen in der Schweiz. Seit diesem Sommer leben 8 Millionen Menschen in der Schweiz. Eine unglaubliche Zahl, welche an unsere Infra-

struktur, unsere Politik, aber auch an jeden von uns in seiner Toleranz Anforderungen stellt. Wir müssen Themen wie Sicherheit, Infrastrukturausbau oder Migration auf den Tisch bringen und gemeinsam nach Lösungen suchen – ohne dabei Ängste zu schüren oder die Problematik zu leugnen. Nur so wird die Bevölkerung wie bisher den Bilateralen Weg unterstützen, und dies wollen wir als Garantien des Königswegs der Beziehungen zur EU. Dazu müssen wir uns konstruktiv, aber mit klaren Positionen den grossen Herausforderungen stellen. Dies tun nicht nur wir National- und Ständeräte in Bern, das tun unsere 553 kantonalen Parlamentarier, unsere 47 Regierungsräte und unsere unzähligen Vertreter in den Gemeinden. Und das tun Sie, werte Mitglieder, jeden Tag in Ihrer politischen Arbeit!

So gestalten wir jeden Tag die Schweiz. Ein bisschen liberaler, ein bisschen besser, damit die Schweiz weiterhin ein attraktiver Standort für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bleibt.

## Auf in ein neues Jahr

Ich freue mich, mit Ihnen gemeinsam in ein neues Jahr zu steigen. Auch das 2013 wird uns fordern. Die Eurokrise wird wohl wieder aufblammen, die Linke setzt unseren Wirtschaftsstandort durch gefährliche Eingriffe in das liberale Arbeitsrecht aufs Spiel, und die Rechte will die Schweiz einmal mehr abschotten. Weltweit wird der Ton rauer, und der Druck auf die Schweiz entsprechend zunehmen. Eine dickere Haut, mehr Zusammenstehen im Inland und kluge Politik sind nötiger denn je. Auch wenn gewisse Forderungen auf den ersten Blick vielleicht verlockend klingen, ist es wichtig, hinter die Fassade zu schauen. Lassen wir nicht Angst oder Neid unsere Ratgeber sein. Sondern Mut und Verstand – aus Liebe zur Schweiz.

Im Namen des Vorstandes wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Start in ein glückliches neues Jahr.

**Ihr Parteipräsident  
Philipp Müller**



**Eintauchen ins pure Wohlfühl.**  
Designstarke Pools für Garten und Haus: individuell, qualitativ erstklassig, technisch perfekt.  
Mit Marlin als ideenreichem Lösungspartner und qualifiziertem Schwimmbadplaner.

Schwimmbad- und Wassertechnik Marlin AG  
Sumpfstrasse 15 · CH-6312 Steinhausen  
Telefon 041 741 44 45 · Telefax 041 741 41 27  
www.marlin.ch · service@marlin.ch

**MARLIN**  
Privatschwimmbad

Kobalt.

*Die Abzocker-  
Initiative hält nicht,  
was sie verspricht:  
Sie verbietet Boni  
und überrissene  
Löhne nicht!*

**NEIN** 5 **MINDER-  
INITIATIVE**

[www.genau-hinschauen.ch](http://www.genau-hinschauen.ch)